Nr. 163 — Jahrgang 16 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 18. Juli 1930

Volkswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Niederlage der Regierung Brüning

Die Deckungsvorlage gefallen — Die Notverordnung mit § 48 erlassen
Vor der Reichstagsauflösung — Das Stahlhelmverbot aufgehoben

Berlin. Im Anschluß an die Aussprache erfolgte im Reichstag die mit großer Spannung erwartete namentliche Abstimmung über den Artikel 2 des Reichshilfegesetzes, der den Personenkreis der Reichshilfe festsetzt. Der Artikel wurde mit 256 Stimmen der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Nationalsozialisten sowie der beiden Mitglieder der Volksrechtspartei gegen 204 Stimmen abgelehnt.

Reichskanzler Dr. Brüning gab darauf die Erklärung ab, daß die Regierung auf die weitere Behandlung der Deckungsvorlagen keinen Wert lege.

Der Reichstag stimmte dann nur noch über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages und über das kommunistische Mißtrauensvotum ab.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag verfiel gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten der Ablehnung.

Notverordnung erlassen

Berlin. Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch abend, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen, nachdem der Versuch, diese Deckungsvorlagen im Reichstage zur Annahme bringen zu lassen, als gescheitert anzusehen war. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schankverzehrsteuer in Kraft gesetzt.

Gegen die Notverordnung

Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie.

Berlin. Der „Vorwärts" sagt, Brüning habe es sehr eilig gehabt, zum Artikel 48 zu kommen. Die Sozialdemokratie werde sofort die Aufhebung der Verordnung beantragen und gegen die Regierung einen Mißtrauensantrag einbringen. Der Mißtrauensantrag liege unterschrieben bereit. Die Sozialdemokratie wolle den Wahlkampf. Wenn es den bürgerlichen Parteien auch gelingen sollte, den Kampf hinauszuschieben, so werde die Abrechnung nicht lange auf sich warten lassen. Sie komme wahrscheinlich schon in diesem Herbst.

Reichskanzler Dr. Brüning
der keine parlament. Mehrheit für die Deckungsvorlagen der Reichsregierung gefunden hat und den Artikel 48 der Reichsverfassung in Anwendung bringt.

Um die Preußenkoalition

Aus verschiedenen Vorfällen der letzten Zeit ist es genügend bekannt, daß das Streben der Reichtsparteien im Reich in erster Linie gegen die Vormacht der Sozialdemokratie in Preußen gerichtet ist. Wiederholt haben die Deutschnationalen zu verstehen gegeben, daß es ausgeschlossen ist, im Reich eine bürgerliche Regierung zu unterstützen, so lange in Preußen die Sozialdemokraten die Politik führen und dadurch auch den reaktionären Machtgelüsten im Reich durch ihren Einspruch im Reichsrat Einhalt gebieten können. Preußen ist die Machtposition für die Sozialdemokratie und vor Preußen müssen sowohl die Zentrumsleute, als auch die Deutschnationalen Halt machen. Und das Zentrum weiß, was es Preußen zu verdanken hat, und aus diesem Grunde macht es in Preußen nicht die Schwierigkeiten, die es der Sozialdemokratie im Reichskabinett gemacht hat. Aber die bürgerlichen Politiker lassen keine Möglichkeit unversucht, um auch in Preußen an die Macht zu kommen.

Preußischer Ministerpräsident Braun
gegen den der Kampf um Preußen geführt wird.

Während nun der Reichspräsident Hindenburg auf Jagd ist, hat er für das deutsche Volk eine kleine Ueberraschung vorbereitet. Er hat die Teilnahme an der Befreiungsfeier am 22. Juli abgesagt, nachdem er die Einladung bereits am 5. Juli angenommen hat. Der Grund dafür ist nichtig, der Reichspräsident will, daß die Stahlhelmorganisation bei seiner Bejubelung zugegen ist und dokumentiert dies in einem Briefe an den preußischen Ministerpräsidenten, daß das seinerzeitige Verbot zu Unrecht bestehe. Der Brief allein beweist, daß der Reichspräsident nicht genügend unterrichtet ist, und daß hinter den Kulissen durch seinen Sohn die Fäden zu den Deutschnationalen reichen, die den Reichspräsidenten beeinflussen wollen, Preußen einen Schlag zu versetzen, daß er an der Befreiungsfeier nicht teilnimmt. Ein Schauspiel der Zerrissenheit soll insbesondere dem Auslande geboten werden, gerade in dem Augenblick, wo die Reichspolitik unter den Männern der Führung Bankerott erleidet, und wo eben erst die letzten Besatzungstruppen Deutschland verlassen haben. Das oberste Haupt des Reichs weigert sich aber, an der Befreiungsfeier teilzunehmen, weil die Deutschnationalen in Preußen die Koalition stürzen wollen.

Es fehlen so die richtigen parlamentarischen Worte, um die Quertreibereien zu kennzeichnen, die betrieben wurden, um Hindenburg zu veranlassen, dieses Schreiben an Preußen zu richten. Denn das seinerzeitige Verbot des Stahlhelms ist im Einverständnis mit dem Reich erfolgt und das preußische Kabinett hat seinem Innenminister die Freiheit gegeben, den Stahlhelm wieder zuzulassen, wenn er eine entsprechende Erklärung abgibt, daß sich seine Tätigkeit im Rahmen der Verfassung und auf dem Boden des Rechts bewegen wird. Diese Erklärung ist bisher nicht gegeben worden. Der Reichspräsident hat auf Zuflüsterungen deutschnationaler Kreise diesen Brief gerichtet, der, wie gesagt, wie eine Bombe wirken mußte. Der preußische Ministerpräsident ist eine Antwort nicht schuldig geblieben und der Reichskanzler ist von diesem Briefe abgerückt und hat die Erklärung Hindenburgs als die Privatmeinung dargestellt. Besteht auch Hoffnung, daß dieser Konflikt noch beigelegt wird,

Der Konflikt Hindenburg-Braun beigelegt

Das Stahlhelmverbot aufgehoben — Der Standpunkt der Preußenregierung vom Stahlhelm anerkannt

Berlin. Der Stahlhelmkonflikt ist erfreulicherweise, sozusagen über Nacht, aus der Welt geschafft worden. Der preußische Innenminister hat die gestrige Antwort des Stahlhelms benutzt, um die Führer des Stahlhelms zu einer Besprechung aufzufordern. Seldte und Düsterberg sind dieser Aufforderung nachgekommen, und so hat denn Mittwoch mittag um 1 Uhr eine Besprechung im preußischen Innenministerium stattgefunden, die das Ergebnis hatte, daß das Stahlhelmverbot in Rheinland-Westfalen nunmehr beseitigt wird. Man hat sich dahin verständigt, daß der Stahlhelm nicht die ursprünglich seitens der Preußenregierung von ihm geforderte Erklärung unterzeichnen wird, sondern daß er lediglich Garantien für die Zukunft versprach unter ausdrücklicher Betonung, daß er keine militärischen Uebungen vornehmen werde, die gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die preußische Regierung legte besonderen Wert darauf, daß von der Stahlhelmleitung anerkannt wurde, daß die preußische Regierung das Verbot seinerzeit erlassen habe, weil die Regierung von dem militärischen Charakter der früheren Stahlhelmübungen im Rheinland überzeugt war.

Preußischer Innenminister Dr. Waentig
der die Einigungsverhandlungen mit der Bundesleitung des „Stahlhelm" zu Ende geführt hat und das Verbot aufhob.

Deutschland zahlt

Basel. Die am 15. Juli fällige Monatsrate der deutschen Youngzahlungen ist der internationalen Zahlungsbank pünktlich überwiesen worden. Sie beläuft sich auf 142,25 Millionen Reichsmark. Der noch unverteilte Erlös aus der Younganleihe, der Ende Juni 438,2 Millionen Franken betragen hat, ist nun größtenteils unter die Reparationsgläubiger aufgeteilt worden, unter Berücksichtigung der am Stichtag des 10. Juli sich ergebenden Zins- und Kursgewinne.

Die englische Kohlenvorlage gerettet

London. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeitergewerkschaft hat am Mittwoch abend den Vorschlag der Regierung zur Rettung der Kohlenvorlage angenommen. Danach soll die vom Oberhaus gewünschte 90stündige Arbeitszeit in 14 Tagen als Höchstgrenze in einem Abkommen festgelegt werden. Der Vollzugsausschuß hat im Hinblick auf die Kürze der Zeit von der Einberufung einer Nationalkonferenz der Bergarbeiter abgesehen. Die Regierung wird am Montag einen entsprechenden Aenderungsantrag zur Kohlenvorlage im Unterhaus einbringen.



Rudolf Schildkraut †

Einer der Großen im Reich der Bühne ist für immer abgetreten: Rudolf Schildkraut ist, 68jährig, in Hollywood gestorben. Sein Weg führte ihn aus dem Getto Konstantinopels über Wien und Hamburg nach Berlin, wo er unter Reinhardt seine von hinreißendem Pathos erfüllten Rollen schuf. Eine seiner großartigsten Leistungen war der Shylock aus dem „Kaufmann von Venedig", als den unsere Aufnahme ihn zeigt.

so ist doch die Stimmung offen zum Ausbruch gekommen, daß auch der Reichspräsident Werkzeug des politischen Tageskampfes sein will, also nicht über den Parteien steht, sondern einseitig die Interessen der deutschnationalen Clique wahrnimmt.

Die Presse hat diesen Schritt des Reichspräsidenten als eine grenzenlose Intrige bezeichnet und sie bleibt es auch, denn sie richtete sich gegen die stärkste Macht und die stärkste Partei im Reich: gegen die Sozialdemokratie. Das muß offen gesagt werden, daß über einen solchen Brief Differenzen in die Koalition hineingetragen werden sollen. Man will Hindenburg als den „Schutzgeist des deutschen Bürgertums" anrufen und er hat sich leider dazu mißbrauchen lassen. Denn die Kanzlei des Reichspräsidenten hat diesen Fehler verursacht. Der Brief war gar nicht notwendig und, statt mit der Drohung der Verweigerung der Teilnahme, hätte man auf die Organisation des Stahlhelms Einfluß ausüben sollen, wie es jetzt geschehen ist, nachdem sich die Blamage der Reichskanzlei offenbart hat.

Inzwischen hat die preußische Regierung das Stahlhelmverbot aufgehoben, nachdem die Führer des Stahlhelms die notwendige Erklärung abgegeben haben. Aber der Zwiespalt wird nicht so leicht vergessen, und die Teilnahme des Reichspräsidenten an der Befreiungsfeier hat ein Gesicht bekommen, welches nur so beleuchtet werden kann, daß er, gezwungen durch eine Partei, diesen Schritt vollzieht. Preußen hat seine Verpflichtung erfüllt, aber im Reich geht eine Regierung zu Bruche. Das Kabinett der Führer ist in der Minderheit geblieben, jenes Kabinett, welches unter besonderer Fürsorge auch des Reichspräsidenten gebildet wurde. Und wie mit dem Brief, so im Reich, hat der Reichspräsident sein Fiasko kommen sehen, und es hat sich erfüllt, was hinter den Kulissen schon immer behauptet wurde: die Drahtzieher hinter den Kulissen der Reichspräsidentenkanzlei sind schlechte Berater. Aber die Schatten fallen auf Hindenburg selbst, der in seiner Führung keine glückliche Hand hat. Ob im Weltkrieg oder in der Politik, und den besten Einfluß übt er aus, wenn er sich Mühe gibt, neutral zu sein. So bald er diese Position verläßt, ist auch das Fiasko da. Preußen wird nicht über die Deutschnationalen stürzen und sei auch Hindenburg ihr Mann. In Preußen regiert die Sozialdemokratie, und das muß genügen. —ll.

Entsendung von zwei englischen Kriegsschiffen nach Alexandrien

London. Ministerpräsident Macdonald teilte am Mittwoch im Unterhause mit, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Bedrohung ausländischen Lebens und Eigentums in Alexandrien zwei Kriegsschiffe dahin entsandt habe. Der englische Oberkommissar in Aegypten sei beauftragt worden, dem ägyptischen Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß die britische Regierung sich nicht in dem Kampfe gegen die ägyptische Verfassung verwenden lassen und daß er für den Schutz des ausländischen Lebens und Eigentums verantwortlich sei.

Am Mittwoch herrschte in Alexandrien, abgesehen von kleinen Demonstrationen, Ruhe. An verschiedenen Punkten der Stadt sind Soldaten und Polizisten aufgestellt worden. Der Bericht, wonach bei den Unruhen am Dienstag 8 Europäer getötet wurden, ist am Mittwoch dahin richtiggestellt worden, daß sich unter den Todesopfern nur ein Europäer, ein italienischer Junge, befand. Die übrigen waren Aegypter. Dagegen sind 8 Europäer verwundet worden. 147 Personen, darunter einige Mitglieder der Wafdpartei, wurden verhaftet. Die Vertreter der ausländischen Kolonien in Aegypten hielten am Mittwoch in Kairo eine Sitzung ab, um Maßnahmen im Zusammenhang mit den Unruhen in Alexandrien zu erörtern.

Doch noch Ausschluß der Rechtsopposition?

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist trotz der Wahl Rykows zum Mitglied des Politbüros der Feldzug gegen Rykow noch nicht eingestellt worden. Sämtliche Organisationen Weißrußlands und des Kaukasus haben Entschließungen angenommen, in denen die sofortige Entfernung Rykows aus dem Politbüro und der Ausschuß der Führer der Rechtsopposition aus der Partei verlangt wird. Die Entschließungen liegen der Zentralkommission zur Prüfung vor.

Regierungskrise in Bayern?

Rücktritt des Landwirtschaftsminister Fehr.

München. Der bayrische Bauernbund hat am Mittwoch beschlossen, wegen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten aus der derzeitigen Regierungskoalition auszutreten. Das bedeutet das Ausscheiden des Landwirtschaftsministers Dr. Fehr aus der bayrischen Regierung.

Baldwins Kampf gegen Macdonald

Konservatives Tadelsvotum gegen die Arbeiterregierung — Der Kampf um die Schutzzollpolitik — Ablehnung der konservativen Forderungen

London. Am Mittwoch wurde im Unterhaus das Tadelsvotum der Konservativen gegen die Regierung von Baldwin eingebracht. Es besagt bekanntlich, daß das Haus die Umstoßung der Schutzzollpolitik durch die Regierung bedauere, ebenso wie die Ablehnung einer Behandlung der Frage der Einführung von Lebensmittelzöllen im Unterhaus.

Baldwin erklärte u. a., die Haltung der Regierung in der Schutzzollfrage und die Steuererhöhungen hätten große Unsicherheit hervorgerufen und den Handel schwer geschädigt. Er wies weiter auf die starke Steigerung der Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Ausfuhr hin. Das Land stehe jetzt am Scheidewege. Der Schatzkanzler müsse eine Erklärung darüber abgeben, welchen Weg er zu gehen beabsichtige. Baldwin legte dann seine Vorschläge für die Reichskonferenz dar. Sie sehen u. a. einen Ausbau der Schutzzölle bei Bevorzugung der Dominien, sowie die Schaffung eines ständigen Landwirtschaftsrates mit dem Sitz in London vor. Ueber die Frage der Roherzeugnisse, sollte auf der Konferenz ein freier Meinungsaustausch stattfinden, um, wenn möglich, Abkommen zur Bevorzugung der Erzeugnisse der Dominien abzuschließen.

Schatzkanzler Snowden erwiderte unter besonderem Hinweis auf den Schluß der Ausführungen Baldwins, er fürchte, daß unter diesen Umständen eine Zusammenarbeit unmöglich sei. Die Regierung werde deutlich darauf hinweisen, daß eine Entschließung, die das Land in eine Politik der Lebensmittel- oder Schutzzölle verwickle, niemals ihre Zustimmung finden werde. Es sei unwiderlegbar, daß die Opposition keine einzige Industrie angeben könne, die durch die Einführung von Schutzzöllen eine Verbesserung ihrer Lage erreicht hätte.

Im weiteren Verlauf der Unterhausaussprache wandte sich Lloyd George scharf gegen Baldwin. Der Tadelsantrag sei der merkwürdigste und unverständlichste, der je im Unterhaus vorgekommen sei. Baldwin selbst habe Lebensmittelzölle stets abgelehnt. Wofür und gegen wen Baldwin bei den nächsten Wahlen kämpfen wolle, habe er überhaupt nicht gesagt. Zur Hebung der landwirtschaftlichen Ausfuhr müsse das Handelssystem verbessert und die Entwickelung der natürlichen Hilfsquellen des Landes gefördert werden. Trotz ihres Bekenntnisses zum Freihandel, würden die Liberalen an der Bekämpfung eines Dumpings in Weizen mitarbeiten, falls ein solcher Fall eintreten sollte.

Oswald Mosley stellte fest, daß die wachsende Massenerzeugung in den orientalischen Ländern den Lebensstandard der weißen Rasse zu untergraben und den Weltmarkt zu vernichten drohe. Er schlage vor, die Roherzeugnisse der Dominien auf Grund seiner Verträge und die Erzeugnisse der englischen Landwirtschaft länger zu garantierten Preisen aufzukaufen. Dadurch würden große Ersparnisse für die Erzeuger und die Verbraucher erreicht.

Die Interparlamentarische Union an der Arbeit

Henderson über den Friedensgedanken — Paneuropa wird begrüßt — Der Völkerbund wird unterstützt

London. Im Oberhaus wurde Mittwoch die 26. Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet, an der 32 Länder sowie Vertreter des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes mit Albert Thomas an der Spitze teilnehmen. Nach der Eröffnungsrede des französischen Abordnungsführers und des Präsidenten der Konferenz, Herzog von Sutherland, richtete Außenminister Henderson das Willkommen der britischen Regierung an die Tagungsteilnehmer. Henderson wies auf die Entwicklung des Friedensgedankens und der internationalen Beziehungen in den letzten 25 Jahren hin. Die Politik der Internationalen Union sei die Politik Englands geworden. Sie sei ferner die Politik aller Regierungen und aller Völker. In den großen internationalen Fragen, mit denen sich die Konferenz befassen werde, wie internationale Arbitrage, Sicherheit, Schutz der Minderheiten, Kelloggvertrag, sind Fortschritte gemacht worden, aber große Schwierigkeiten sind noch zu überwinden.

Die Abrüstung werde der Probestein für die Annahme des Kellogg-Vertrages sein. Die Politik der Splendid Isolation sei vorbei. Keine Nation könne allein bestehen.

Sodann schilderte Lord Cecil die Entwicklung der Friedensbewegung der letzten Jahre und die Mittel, die zu einem wirklichen Fortschritt führen könnten. Die Verhandlungen der Flottenkonferenz seien in einer kritischen Atmosphäre abgehalten worden, wobei man die internationalen Werkzeuge des Friedens, den Völkerbund, den Locarno- und Kelloggpakt erwähnt habe. Die Schiedsgerichtsbarkeit sei ein wirkliches Mittel zur Bekämpfung internationaler Zwistigkeiten, aber man müsse dafür sorgen, daß die im Frieden geschlossenen Verträge auch im Kriege eingehalten werden. Die Mehrzahl der Regierungen Europas sehen heute von der Notwendigkeit einer Unterstützung des Völkerbundes überzeugt. Viele hätten eine aktive Politik des Bundes erwünscht und aus diesem Bedürfnis heraus sei der Plan Briands entstanden. Solange die von Briand geplante Organisation unter der Kontrolle des Völkerbundes bleibe, biete sie keine ernste Gefahr und sei ein großer Fortschritt auf dem Wege der internationalen Sicherheit.

Neue Kämpfe in Französisch-Marokko

Paris. In Französisch-Marokko kam es nach Meldungen aus Casablanca in den letzten Tagen zu einigen ernsten Feuergefechten zwischen den französischen Truppen und noch nicht unterworfenen Eingeborenenstämmen, wobei französischerseits auch Bombenflugzeuge Verwendung fanden. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden bei einem Zusammenstoß mit einem Aufständischenstamm in der Nähe eines vorgeschobenen französischen Postens ein Offizier, ein Unteroffizier, ein europäischer Soldat und elf eingeborene Soldaten getötet. Bei einem weiteren Zusammenstoß in Süd-Algerien mit etwa 400 Aufständischen beliefen sich die Verluste der französischen Truppen auf zwei Fremdenlegionäre und zwei eingeborene Soldaten. Sechs Soldaten wurden verwundet.

Ende September Wahlen in Indien

London. Wie der „Times"-Berichterstatter aus Simla meldet, werden die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung in Indien zwischen dem 20. und 27. September stattfinden. Der gegenwärtige Führer des Nationalkongresses, Patel, sagte, daß der Kongreß den Boykott gegen die gesetzgebende Versammlung nicht aufheben und an den Wahlen nicht teilnehmen werde. Die Konferenz zwischen den Vertretern der indischen Fürsten und dem Vizekönig wurde beendet. Sie soll ein im allgemeinen befriedigendes Ergebnis gebracht haben. Die Abordnung der indischen Fürsten bei der englisch-indischen Konferenz soll aus 12 Mitgliedern bestehen, nämlich aus 8 Fürsten und 4 Ministern.

Kommunistische Weltjugendtreffen in Berlin

Keine Einreiseerlaubnis für die russische Abordnung.

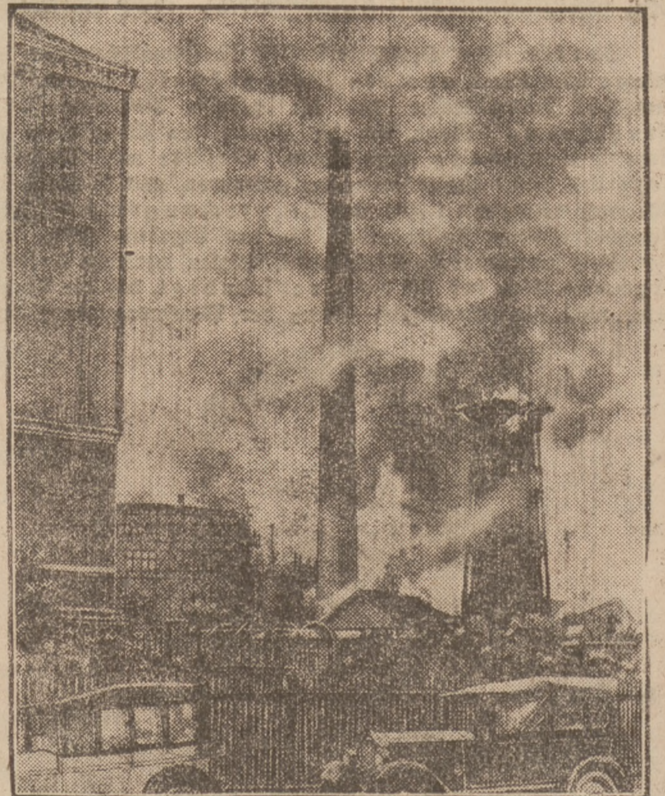
Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die deutsche Botschaft am Montag einer sowjetrussischen Abordnung für das kommunistische Weltjugendtreffen in Berlin, das Einreisevisum verweigert. Die Verweigerung der Einreise erfolgte auf Grund einer Anweisung der Berliner Polizeibehörden.

Moskau befiehlt Kundgebungen in aller Welt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die kommunistische Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Internationale einen Aufruf herausgegeben, in dem das Weltproletariat zu einer Kundgebung am 1. August unter der Parole „Kampf gegen das Bürgertum zum Schutz der Sowjetunion" aufgerufen wird. Die Komintern fordert sämtliche kommunistischen Organisationen auf, trotz Polizeiverbots Kundgebungen zu veranstalten. Sie sollen in Europa, Amerika und Asien durchgeführt werden.

Explosion in Moscice

Warschau. In der neuen polnischen Stickstoffabrik in Moscice bei Tarnow explodierte infolge Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit eines Mechanikers ein großer eiserner Behälter mit Salmiakgeist. Die Explosion war so heftig, daß der am Behälter stehende Arbeiter einige Meter in die Höhe geschleudert wurde. Er fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit gespaltenem Schädel tot liegen blieb. Ein zweiter Arbeiter trug schwere Verletzungen davon.



Der Brand der Hörsel-Werke in Eisenach
einer Fabrik feinmechanischer Meßwerkzeuge, die bis auf die Grundmauern ausbrannte.

Betriebsrätekongreß der Eisen-, Metallhütten u. Weiterverarbeitenden Industrie

Imposanter Verlauf — Eine seltene Einmütigkeit — Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft — Gegen die Zentralisierung der Krankenkassen — Gegen die Schließung des Sejms

Wie notwendig die Einberufung des gestrigen Betriebsrätekongresses war, bewies die außerordentlich starke Beteiligung desselben. Vertreten waren

27 Hütten mit 110 Betriebsräten,

wovon auf die polnische Berufsvereinigung 47, Deutscher Metallarbeiterverband 30, Christliche Gewerkschaften 16, Gewerkverein Hirsch-Duncker 12 und Zentralverband 3 entfielen. Uns dünkt, daß gerade in dieser bewegten Zeit die Abhaltung derartiger Kongresse öfter stattfinden müßte, um die Arbeitervertreter auf dem Laufenden zu halten, damit diese wiederum die Belegschaften über alle Tagesfragen unterrichten können. Derartiges kann nur zur Entspannung der Lage, wie sie gegenwärtig besteht, beitragen.

Die Aufforderung des Kongresses, den Gewerkschaftssekretär Musiol (Sanacjarichtung) zu den Beratungen nicht zuzulassen, war sehr am Platze, denn, wenn man einige Tage vorher seinen Betriebsräten empfiehlt, den Kongreß der Eisenhütten nicht zu besuchen, man aber dann selbst dennoch erscheint, so kann man dieses ruhig als „Frechheit“ benennen. Aus diesem Grunde wurde einstimmig der Ausschluß vom Kongreß beschlossen, ebenso eine Rechtfertigung seitens M. abgelehnt. Im übrigen hat ja die „Generalna Federacja“ für die Tagung ihrerseits ihre Getreuen am Freitag zu einem „Kongreß“ nach Kattowitz eingeladen, wo sie unter sich beraten und beschließen können, wie es ihnen geziemt. Jedenfalls dürfte die Gründung einer eigenen „Arbeitsgemeinschaft“ ein großes Fiasko erleben, zumal gerade die Federacja bis jetzt noch nirgends etwas geleistet hat, was zum Vorteil der Arbeiterschaft gereicht hätte. Und sie werden und können es auch nicht tun, weil sie von oben ihre Richtlinien erhalten, die niemals zum Guten der Arbeiterschaft dienen können.

Trostlose Bilder wurden in der Aussprache aufgerollt, indem verschiedene Redner die Zustände in einzelnen Familien schilderten. Es ist bereits soweit, daß in manchen Familien die

Kinder das letzte Hemd am Leibe tragen und Unterernährung der Familienmitglieder

am Platze ist. Hier wäre ein Arbeitsfeld für die Sanacja, um diesen unglücklichen Familien, die heute in die Hunderte gehen, zu helfen, nachdem ihnen alle Mittel zur Verfügung stehen und doch in den Aemtern und Regierungen ihre Leute sitzen. Was haben sie aber bis zum heutigen Tage der Arbeiterschaft gebracht? Not, Elend und Arbeitslosigkeit auf der ganzen Linie. Noch nie ist es der Arbeiterschaft so schlecht gegangen, wie es heute der Fall ist.

*

Der Verlauf der Versammlung.

Um 10,15 Uhr eröffnete Gewerkschaftssekretär Kozubski den Betriebsrätekongreß mit einer Begrüßung der so zahlreich Erschienenen und wünschte demselben einen guten Verlauf. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung ergriff Gewerkschaftssekretär Kubik das Wort und führte in seinem einstündigen Referat unter anderem aus: Die heutige Wirtschaftskrise, die nicht nur bei uns in Polen herrscht, lastet insbesondere auf der Arbeiterschaft und betrifft die höhere Beamtenschaft mit ihren hohen Gehältern fast gar nicht oder sehr wenig. Beweise sind hierfür genug vorhanden, weil es bis zum heutigen Tage noch nirgends bekannt wurde, daß Direktoren oder höhere Beamte zur Entlassung gekommen wären, im Gegenteil, sind verschiedene Neueinstellungen von solchen erfolgt. Und dieses alles, trotz der angeblichen schlechten Konjunktur und Arbeitslage.

Die „Not“, die diese Herren auszustehen haben, würde die Arbeiterschaft bis zu ihrem Lebensende haben wollen.

Nach einem Vergleich der Arbeitslosen in allen Ländern kommt der Referent zu dem Ergebnis, daß die Wirtschaftskrise bei uns solche Ausmaße nicht anzunehmen brauchte,

wenn eine andere Wirtschaftlichkeit geführt und man Direktoren nicht Gehälter von monatlich 100 000 Zloty zahlen würde.

Selbstverständlich langt dann der fette Bissen für die Aktionäre nicht, und man greift zur Reduzierung der Arbeiterschaft, um sich selbst zu erhalten.

Da wir von demselben Schicksal der Entlassung betroffen werden können, so muß unser Augenmerk ganz besonders auf die

Erhöhung der Unterstützungssätze

gerichtet sein, und es darf niemals zugelassen werden, daß eine Verringerung in irgend einer Form erfolgen sollte. Besonders scharf ist die neue Ministerialverordnung zu verurteilen, die es vorsieht, daß nur noch Unterstützung denjenigen Kurzarbeitern gewährt werden soll, die 2 und 1 Tag in der Woche arbeiten. Die Forderung wird dahin gestellt,

daß mit dem Beginn der ersten Feierschicht die Kurzarbeiterunterstützung zur Auszahlung gebracht wird.

Erneut wurde die

Einkommensteuer

einer Kritik unterzogen und die alte Forderung aufgestellt, daß der Satz von mindestens 350 Zloty Geltung bekommen muß. Ferner soll der

Lügenhaftigkeit der Indexziffern

ein Ende bereitet werden. Die Veröffentlichung derartiger Zahlen wirken lächerlich und versetzen die Massen in Aufregung.

Die geplante

Zentralisierung der Krankenkassen

wurde nach dem vorgesehenen Projekt abgelehnt, nachdem in Erfahrung gebracht wurde, daß die bisherige Gewährung von 26 Wochen Krankenschichten auf 13 herabgesetzt werden soll, schärfste Verurteilung fand das in diesem Projekt vorgesehene Ansinnen, wonach **anstatt der Wochenbeihilfe, der stillenden Frau täglich ½ Liter Milch verabfolgt werden soll.** Außerdem müßten die Krankenkassenmitglieder zu allen gewährten Arzneien 10 Prozent zuzahlen. Aber es ist wieder die alte Taktik, daß die hiesigen vorhandenen Reserven zur **Sanierung der Krankenkassen in anderen Landesteilen** verwandt werden sollen. Von den 28 vorhandenen Krankenkassen, unter Ausschaltung der Spolka Bracka, besitzen die gesamten Kassen eine **Reserve von über 14 Millionen Zloty.** Selbstverständlich wird dieses Geld wieder einmal als ein fetter Bissen angesehen und man will sich darauf stürzen. Und weil alles dies zur Ausführung gebracht werden soll, so muß die Solidarität der Arbeiterschaft gewahrt bleiben, um nicht nur den Anstürmen der Arbeitgeber, aber auch der Regierungsinstanzen gewachsen zu sein.

Gewerkschaftssekretär Buchwald führt aus, daß gerade dieser Zeitpunkt den Arbeitgebern eine Handhabe gibt, indem sie glauben, **die bisherigen Errungenschaften der Arbeiterschaft zunichte machen zu können.** Eine große Enttäuschung kann aber in dieser Hinsicht der „Erfolg“ bleiben. Die gesamte Arbeiterschaft, außer der in der „Generalna Federacja“, wird sich mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu wehren verstehen, möge es kosten, was es wolle. Wenn die Mitglieder der Generalna Federacja zurück ins Sklavenjoch verfallen wollen, so ist das ihre eigene Angelegenheit, die Mitglieder der der Arbeitsgemeinschaft zugehörenden Organisationen kämpfen für den Fortschritt der Arbeiterklasse.

Referent behandelt weiter die ungünstigen Handelsbeziehungen zu den verschiedenen Ländern, hauptsächlich Deutschland, kommt auf die **Weltkartelle** zu sprechen, indem von diesen die Preise festgehalten werden. Trotz allem bestehenden Ueberfluß werden

hohe Zölle

festgesetzt, anstatt die Bedürfnisse der breiten Massen zu rechtfertigen. Die

Kaufkraft der Arbeiterklasse ist eine zu geringe,

um sich überhaupt etwas leisten zu können. Hinzu kommt noch die Einführung verschiedener Luxusartikel aus anderen Ländern, hauptsächlich Frankreich, die hier selbst im Lande erzeugt werden können, eine **schlechte Anleihepolitik** u. a. m. Und dieses geschieht alles, weil die Leitung unseres Staates in falschen Händen liegt. Aus diesem Grunde haben auch die anderen Staaten kein Vertrauen zu uns und die

künstliche Belebung kann den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verhindern.

Die vom Arbeitgeberverband vorgesehene Taktik, wie sie sich gegenwärtig in Deutschland abspielt, auch bei uns einzuführen, lehnen wir entschieden ab, wenn hierbei die Lebensexistenz gefährdet werden sollte. Die Einführung von **faschistischen Methoden** wird niemals bei der oberschlesischen Arbeiterschaft Anklang finden, weil sie dazu viel zu hoch geschult ist. Nachdem sich der Redner auch noch gegen die **Fiskalisierung der Krankenkassen** ausspricht, kommt er auf die verschiedenen Entlassungen zu sprechen und empfiehlt, hierbei besonders auf der Hut zu sein.

In der darauffolgenden

Aussprache

hatten sich **22 Redner** zu Wort gemeldet. U. a. erteilte Gewerkschaftssekretär Hruschka praktische Ratschläge für die Betriebsräte, sowie die Anwendung der Richtlinien. Besonderer

Protest wurde gegen die Schließung des Schlesischen Sejms

erhoben, sowie die Forderung aufgestellt,

daß die Kurzarbeiter mit dem 1. Tage die Kurzarbeiterunterstützung erhalten sollen.

Desgleichen sollen **Berufskrankheiten,** die leider in der heutigen Zeit so oft vorkommen, **als Unfall** bewertet werden. Die übrigen Diskussionsredner sprachen im Sinne der Referenten. Nach vierstündiger Dauer wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Die Wirtschaftskrise in Polen, die sich langsam zu einer Katastrophe auswirkt, ist nicht nur eine Krise hierzulande, sondern besteht in fast allen Industriestaaten. Berücksichtigt man die Wirtschaftskrise unseres Staates, und den niedrigen Stand unserer Valuta, so stellt man fest, daß sie bei uns noch eine Erweiterung erfährt, durch das Vorgehen der Industriellen für bestimmte Zwecke, wie für die Verschlechterung der sozialen Lage.

2. Der Kongreß appelliert an die maßgebenden Regierungsstellen, daß keinerlei Genehmigung zu weiteren Kündigungen, wie auch zur Kurzarbeit gegeben wird, da bis heute eine große Anzahl Arbeiter zur Entlassung kamen, ohne daß auch nur eine einzige Entlassung bei den hohen Beamten mit sehr hohem monatlichen Einkommen vorgenommen worden ist.

3. Um den bisher Entlassenen zu Hilfe zu kommen, wendet sich der Kongreß an die Regierungsstellen, damit die Bezüge für die Arbeitslosen erhöht werden, ferner für die Kurzarbeiter die alten Richtlinien gelten, die Bezahlung der Kurzarbeit also vom 3. Tage ab erfolgt.

4. Gegen die Fiskalisierung der Werkskrankenkassen erhebt der Kongreß den schärfsten Protest. Bei Einführung der Zentralisierung nach dem Projekt der Regierung werden die heutigen Verhältnisse in den Krankenkassen erheblich verschlechtert.

5. Berücksichtigt man, daß einige bisher eingeführte Gesetze in Polen im Gegensatz zu den bestehenden Gesetzen der Wojewodschaft Schlesien stehen, was sich innerhalb der Arbeiterschaft der Wojewodschaft Schlesien durch Unzufriedenheit bemerkbar macht, so verlangt der Kongreß, daß die schon lange gewünschten Regelungen, wie Arbeitszeit, Urlaub, Einkommensteuer und Teuerungsindex, umgehend durch Einführung der Gesetze ihre Regelung finden.

6. Erfolgt eine Berücksichtigung dahin, daß das heutige Kapital sich immermehr zentralisiert und ihre Organisationen, wie Syndikate, Truste, weiter ausgebaut werden, damit sich die Ausbeutung der Arbeiterklasse wirksamer gestaltet; daher appelliert der Kongreß an alle Arbeiter, damit sie sich in ihrem Interesse in den der Arbeitsgemeinschaft gehörenden Gewerkschaften organisieren, weil nur dadurch die Garantie für eine nutzbringende Arbeit für den Arbeiter gegeben ist.

Angeführte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

M.

Polnisch-Schlesien

Die „Brüder“ aus Amerika

So geht es immer im patriotischen Wahne, wenn ein großes Ereignis bevorsteht, welches mit Musik und dem üblichen Aufmarsch der vaterlandstreuen Vereine und Delegationen begangen wird. Hauptsächlich in den Ländern, in denen es stark nach „Radikalinski“ riecht, wie Italien, Bolschewien, Polen und vielen anderen, wo es nach einer Diktatur riecht.

Warum sollen es auch nicht die Begeisterten haben, daß sie all die Tage, während welcher Brüder, im echten Sinne der Wahrheit gesagt Stammesbrüder, von irgendwo nach der Heimat zurückkehren, auch zu den großen Ereignissen zählen. Denn, wenn schon, denn schon...

Einem vernünftigen „Tulacz“ von irgendwo scheint die Sache mit dem Feiernabhalten doch schon zu bunt geworden zu sein, und um die Ueberschnappten, welche sonst zu überzeugen es kaum möglich ist, auf den richtigen Weg zu weisen, hat er den Ereignisarrangieuren eine Nachricht zukommen zu lassen, daß mit dem Dampfer „Pulawski“ polnische Sokols aus Amerika in Gdingen eintreffen werden. Selbstverständlich mußte, so wie andernmals, auch diesmal das Ereignis gefeiert werden, denn wie würde es aussehen, wenn in der heutigen Zeit, wo hunderttausende von Staatsbürgern am Hungertuche nagen, der Empfang von Brüdern aus Amerika ein entsprechender sein würde? Bestimmt würden sie wieder mit demselben Dampfer die Reise nach der zweiten Heimat Amerika antreten.

Nach den vielen Vorarbeiten war eben alles soweit gediehen, daß die Vereine und Delegationen, die am feierlichen Empfang teilnehmen sollten, am Strande aufmarschiert sind. Auch ein Orchester war zur Stelle. Nun konnte der Dampfer einfahren! Mit etwas Nervosität wurde dieser erwartet. Warum auch nicht? Bei solch einer Sensation...

Endlich war der Dampfer in Sicht! Er fuhr in den Hafen ein, wo er den Anker anlegte.

„Tschin, tschin, tschinrara — bum, bum, bum...“ ertönten jetzt die Klänge des Orchesters, welches bei „Bacznosc-Stellung“ der Vereine und Delegationen zur Ehrung der erschienenen Brüder die Sokolhymne spielten. Der Präses ließ noch mal seine Ansprache durch den Gehirnskasten kreisen.

Nun war es so weit! Die ersten Passagiere trafen die Vorkehrungen zum Aussteigen. Schon öffnete sich der Mund des Führers.

Aber, o welcher Schreck! Wo waren eigentlich die so sehnsüchtig erwarteten Sokols? Ein Vexierbild wurde aus den Gästen; denn anstatt dieser stiegen fast lauter Juden unter Führung von Schleimes Hops aus, die es sich nicht haben träumen lassen, daß ihnen ein solcher festlicher Empfang zuteil werden würde. Vor Freude fielen viele sogar in Ekstase. „Dues...!“

Leichenblässe und Purpurröte wechselten in den Gesichtern der genarrten Erwartenden ab, was nur bei Geleimten zu erklären ist. Oder ist es etwa für die Patrioten kein Grund, wenn an Stelle waschechter Stammesbrüder nur gewöhnliche Staatsbürger aus dem Auslande nach der Heimat zurückkehren. Aber schließlich wurde auch dieses vergessen, als die Vergrämten am Stammtisch beisammen saßen und tüchtig hinter die Binde gossen. Da waren vergessen die „Dues“ und die Sokols...

Vor der Beilegung des Budgetkonflikts

Gestern wurde die Sitzung des Seniorenkonvents des Schlesischen Sejms beendet, der bekanntlich in zwei Sitzungen zu der Einberufung der außerordentlichen Sejmsession und dem Budgetkonflikt zwischen Wojewodschaft und Sejm Stellung genommen hat. In der Sitzung wurde der Ausgang des Konflikts festgestellt und die rechtliche Seite beleuchtet. Weiter wurde über die Beilegung des Konflikts beraten und nach Auswegen gesucht. Der Seniorenkonvent hat die Vorschläge des Wojewoden zur Kenntnis genommen, ist aber von seiner grundsätzlichen Stellung nicht abgewichen. An dem Budgetrecht des Schlesischen Sejms wird weiter festgehalten. Schließlich wurden drei Vorschläge ausgearbeitet, die zur Beilegung des Konflikts beitragen können. Alle drei Vorschläge ermöglichen die Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession. Diese Vorschläge wurden mit Ausnahme des Sanacjaklubs, durch alle übrigen Klubs gutgeheißen. Der Vertreter des Sanacjaklubs erklärte, daß die Vorschläge der Sejmmehrheit nach seiner Meinung die Möglichkeit der Beilegung des Konflikts bieten und die Einberufung der außerordentlichen Sejmsession ist wahrscheinlich.

Der Sejmmarschall Wolny hat noch gestern die Beschlüsse des Seniorenkonvents dem Wojewoden mitgeteilt. Die Mehrheit der Klubvertreter erklärte, daß an den Vorschlägen nichts mehr geändert werden darf.

Arbeitslose sollen Steuern zahlen?

In den letzten Tagen erhielten eine ganze Reihe von Arbeitslosen Aufforderungen zum Bezahlen von Steuern. Zieht man in Betracht, daß die Arbeitslosen schon so einen schweren Kampf um eine Erhöhung ihrer Arbeitslosenbezüge ausfechten, so muß bemerkt werden, daß die Zustellung der Steueranweisungen an die Arbeitslosen eine Provokation im höchsten Grade bedeutet, da dadurch die Behörden eine weitere Gelegenheit geben, Auftritte von seiten der Arbeitslosen zu verursachen, denn wer wird sich darüber nicht aufregen, wenn er nichts zu essen hat und dazu noch eine Anweisung erhält, nach der er 100 oder mehr Zloty Steuern bezahlen soll.

Wenn nun die Behörden daran festhalten und die Steuern zwangsweise eintreiben werden, so kann das zu sehr unangenehmen Auftritten gegen die Behörden führen. Ein Arbeitsloser, der nichts hat, wird sich seinen letzten Anzug nicht nehmen lassen. Ja, es wird immer glänzender bei uns in Oberschlesien. Man tritt schon an die ärmste Volksschicht um Steuern heran.

—a.

Wozu das?

Die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiter-Verbände Polnisch-Oberschlesiens gibt ihren Mitgliedern bekannt, daß auf einzelnen Hütten durch die Verwaltungen Fragebogen an verheiratete Arbeiter herausgegeben wurden, in denen private Fragen beantwortet werden sollen. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Ansinnen gegen den Tarifvertrag verstößt und die Arbeiter zur Beantwortung privater Fragen nicht verpflichtet sind.

Einkommensteuervergünstigungen bei Wohnhausneubauten

Die Finanzkammern haben ein Rundschreiben des Finanzministers erhalten, laut welchem Personen, die ihre Einkommensteuer von Dienstbezügen, Altersrenten usw. entrichten, Steuervergünstigungen genießen, sofern sie bis zum 31. Dezember 1935 Wohnhäuser errichten; die Baukosten können in solchem Falle vom Einkommen abgezogen werden, mit Ausnahme der der Verordnung vom 22. April 1927 über den Ausbau der Städte erlangten Anleihen. Die Abzüge können, ein Jahr nach Beendigung des Baues, fünf Jahre lang gemacht werden. Die Finanzämter entscheiden darüber, ob die Steuervergünstigung in Anwendung gebracht werden kann. Das Rundschreiben bestimmt ferner die Art und Weise der Errechnung der Abzüge und die unter Umständen notwendige Rückzahlung der Einkommensteuer. Die Höhe der Abzüge ist von dem zuständigen Finanzamt im Laufe von zwei Wochen nach Einlaufen des diesbezüglichen Gesuchs des Steuerzahlers festzustellen.

Fahrpreisermäßigung zur Posener Ausstellung

Das Verkehrsministerium hat eine bedeutende Ermäßigung der Tarife für Personen vorgenommen, welche die internationale Ausstellung für Verkehr und Touristik in Posen besuchen. Die Ausstellung wurde am 6. d. Mts. eröffnet und dauert bis zum 10. August d. Js. Einzelne Personen, welche die Ausstellung besuchen, erhalten für die Hin- und Rückfahrt je 33,3 Prozent Fahrtpreisermäßigung, wenn sie das Billett auf der Abfahrtstation für die Hin- und Rückfahrt kaufen. Das Billett hat eine Gültigkeit von zehn Tagen. Die Billetts werden auf jeder Eisenbahnstation verkauft. Vor der Abfahrt aus Posen ist das Billett bei der Eisenbahnkasse abzustempeln. Personen, welche außerhalb der Grenzen Polens und der freien Stadt Danzig wohnen, und nach Besuch der Ausstellung in das Ausland zurückkehren oder beabsichtigen, eine Reise durch Polen zu unternehmen, erhalten 50 Prozent Ermäßigung der normalen Fahrpreise. Gruppen, welche sich aus mindestens 25 Personen zusammensetzen, erhalten für die Hin- und Rückfahrt 50 Prozent Ermäßigung, Schüler, welche sich aus Gruppen von mindestens zehn Personen zusammensetzen, erhalten für die Hin- und Rückfahrt 66,6 Prozent Fahrtpreisermäßigung. Den Ausstellern und deren Mitarbeitern wird eine Ermäßigung von 50 Prozent für die Rückfahrt gewährt.

Eine Polizeienquete über die Sejmvertagung

Die schlesische Wojewodschaft hat den Starosteien aufgetragen, im Auskundschaftswege die Stimmung des schlesischen Volkes über die Sejmvertagung zu eruieren. Alle Polizeibeamten, die sich damit befaßt haben, haben festgestellt, daß die Sejmvertagung den denkbar schlechtesten Eindruck bei der schlesischen Bevölkerung hervorgerufen hat.

Das Gemischte Tribunal hat interveniert

Wir haben in unserer Sonnabendausgabe kurz berichtet, daß die Steuerämter die Lohngelder in der Fürstlich Plessischen Verwaltung für rückständige Steuern gepfändet haben. Diese Gelder wurden jedoch bald wieder freigegeben. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hat das Gemischte Tribunal wegen der Freigabe der Lohngelder interveniert.

Der Westmarkenverband und die Ferienkolonien der Schulkinder

Die segensreiche Tätigkeit des Westmarkenverbandes — Klagebriefe der Ferienkinder — Die ertrunkene Erika Gora — Verwahrloste und hungrige Ferienkinder

Die „Polska Zachodnia" veröffentlicht einen Artikel über die Ferienkolonien der schlesischen Schulkinder, die von dem polnischen Westmarkenverband in die Sommerfrische geschickt wurden. Freilich lobt sie die „segensreiche" Tätigkeit des Westmarkenverbandes, der in diesem Jahre bereits 4669 Schulkinder auf dem Lande untergebracht hat. Das Blatt gibt zwar zu, daß hier und dort kleine Unzukömmlichkeiten vorkommen, aber im großen und ganzen klappt die Sache vorzüglich und alle loben die „segensreiche" Tätigkeit des Westmarkenverbandes und die Kinder kommen direkt ausgemästet und freudestrahlend zurück. Bis dahin klappt alles vorzüglich, aber wir haben etwas anderes erwartet.

Das Organ der N. P. R., der „Kurjer Slonski", hat in der vorigen Woche eine Reihe Briefe von Ferienkinder, die in den Sommerkolonien des Westmarkenverbandes in dem Orte Memel weilen, veröffentlicht, die direkt haarsträubend sind und bereits Gegenstand der Beratung im Schoppinitzer Gemeinderat bildeten. Wir haben von diesen Briefen keine Notiz genommen, weil wir daran gar nicht glauben wollten. Nun ist seit der Veröffentlichung der Briefe im „Kurjer Slonski" bereits eine Woche ins Land gegangen und der Westmarkenverband, der sonst mit den Berichtigungen nicht zu knausern pflegt, rührt sich nicht. Er hat die Sprache ganz verloren und die sonst so redliche „Polska Zachodnia" hüllt sich ebenfalls in Schweigen. Es muß also angenommen werden, daß die Sache auf Wahrheit beruht. Da die Klagelieder der armen Ferienkinder sehr groß sind, wollen wir zwei Briefe nach dem „Kurjer Slonski", selbstverständlich auf seine Verantwortung, wiedergeben.

Brief der Rosa Ilk, 13 Jahre, nach dem Original, vom 6. d. Mts.:

Liebe Eltern! Es ist uns allen hier sehr traurig zu Mute. Wir haben zu Nichts Lust. Es kam hier ein großes Unglück vor, denn ein Mädchen ertrank. Sie lag ½ Stunde lang im Wasser. Es ist die Erika Gora aus Stawiska. Ich habe mit ihr gebadet, denn eine Lehrerin hat uns zum Baden hinausgeführt. Ich werde vielleicht schon diese Woche nach Hause fahren. Ich weiß es aber noch nicht genau. Es geht uns hier immer schlimmer. Wir haben erst schwarzes Brot mit Aufstrich erhalten. Das hat aufgehört. Jetzt bekommen wir trockenes Brot. Zu Mittag gibt es Perlgraupensuppe, die niemand essen kann, dann Kartoffeln mit Scheppsenfleisch, daß so hart ist wie Pferdefleisch. Dazu gibt es Blaubeeren mit Kartoffelmehl. Das sieht aus wie Kleister und niemand ißt das. Allen, die an unserem Hause vorbei gehen, beklagen wir uns und alle haben Mitleid mit uns. Es geht uns hier sehr schlecht. Ich grüße Euch herzlich — Rosalie.

Brief vom 7. d. Mts., nach dem Original:

Liebe Eltern! Ich schicke euch einen zweiten Brief darum, weil es uns immer schlimmer ergeht. Heut weinen alle Kinder und wollen nach Hause fahren. Und sehr böse ist es hier, denn nicht einmal den Sonntag tut man hier heiligen. Frühstück erhalten wir erst zu Mittag und das Mittagessen erst um 5 Uhr nachmittags. Am anderen Tage mußte ich vor Hunger einen Hering kaufen und der Laden ist ½ Stunde weit von unserem Hause entfernt. Wir haben gebeten, uns in die Kirche zu führen, aber der Weg bis zur Kirche ist 10 Kilometer weit. So schlimm ergeht es einem. Rosa.

Aus den Briefen anderer Kinder geht hervor, daß die Kinder in baufälligen Scheunen untergebracht sind und vom Ungeziffer geplagt werden. Die Aufsichtspersonen behandeln die Kinder schlecht und die Aufsicht läßt auch manches zu wünschen übrig. Das ertrunkene Kind, die kleine Erika Gora, wurde bereits in Stawiska beerdigt. Zwischen dem Vater des ertrunkenen Kindes und einem Kommunalbeamten in Schoppinitz, kam es zu Handgreiflichkeiten. Die Schoppinitzer Bürger haben eine Delegation mit dem Gemeindevorsteher zu der Wojewodschaft und dem Hauptvorstand des Westmarkenverbandes geschickt, damit sie dort wegen der Behandlung der Ferienkinder intervenieren. Ob das was nützen wird, wissen wir nicht, Tatsache ist jedoch, daß die Klagen über mangelhafte Aufsicht über die Kinder und die schlechte Behandlung, sich jedes Jahr wiederholen. Die Schoppinitzer Kinder, nämlich die zweite Partie, die am 16. d. Mts. in die Sommerferien geschickt werden sollte, weigern sich zu fahren und die Eltern wollen auch nicht ihre Kleinen dem Westmarkenverband anvertrauen.

Man soll nicht vergessen, daß die Ferienkolonien von der Wojewodschaft subventioniert werden. Auch die schlesischen Gemeinden steuern dazu größere Beträge bei. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der Westmarkenverband, nicht derjenige ist, dem man diese Sache anvertrauen kann. Wir wollen zugeben, daß in diesem Jahre ziemlich unparteiisch bei der Auswahl der Kinder verfahren wurde, weil die Kinder durch die Lehrer vorgeschlagen und vom Arzt untersucht wurden. Was nutzt das alles, wenn dann die Kinder schlecht behandelt werden und selbst hungern müssen. Es wäre tatsächlich erwünscht, daß der Westmarkenverband sich zu der Behandlung der Kinder an der Memel äußert. Hier darf man sich nicht in Schweigen hüllen.

Kattowitz und Umgebung

Trau, schau, wem! Ein unangenehmes Abenteuer erlebte kürzlich nach einer langausgedehnten Kneipfahrt ein Bürobeamter aus Kattowitz, welcher nachts gegen 2 Uhr von 2 Männern, die aus einem Hauseingang auftauchten, plötzlich angesprochen wurde. Der Bürobeamte, welcher betrunken war, versuchte die beiden lästigen Leute auf irgend eine Art loszuwerden, was ihm jedoch nicht gelang. Recht umschweifig erklärte der eine der Täter, daß er Besitzer einer Autofabrik sei. Der Komplize spielte den Chauffeur. Im Laufe der Unterredung knöpfte der Herr Fabrikbesitzer dem Nachtschwärmer die Taschenuhr nebst Kette ab, ohne daß letzterer irgend etwas bemerkte. Dann machte sich der gleiche Täter daran, die Taschen des Bürobeamten zu durchsuchen. Er eignete sich zunächst das Zigarettenetui an und öffnete dieses, weil er darin Geld vermutete. Zum Glück kam an der fraglichen Stelle gerade eine Polizeistreife vorbei, welche der Ueberfallene heranrief. Nach Feststellung des eigentlichen Sachverhalts wurden alle Drei nach dem Polizeikommissariat gebracht, wo der Tatbestand zu Protokoll gebracht wurde. Der Bestohlene erhielt sein Zigarettenetui wieder zurück. Kaum, daß er das Kommissariat verlassen hatte, griff er nach seiner Taschenuhr, mußte jedoch zu seinem Schreck feststellen, daß diese verschwunden war. Erneut begab sich der Geschädigte nach dem Polizeikommissariat, wo man die beiden arretierten Täter einer gründlichen Leibesvisitation unterzog. Die gestohlene Taschenuhr kam hierbei zum Vorschein, welche der erfreute Bürobeamte sofort an sich nahm. Die beiden Spitzbuben hatten sich jetzt vor dem Kattowitzer Gericht zu verantworten. Der erste Beklagte, ein gewisser N. aus Kongreßpolen, zuletzt wohnhaft in Kattowitz, bekannte sich zur Tat und gab an, aus Not gehandelt zu haben. Er führte weiter aus, bereits wegen Diebstahl 2 Mal vorbestraft gewesen zu sein. Der Mittäter verlegte sich auf Ausreden. Nach Durchführung der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den N. wegen Rückfalldiebstahl zu 3 Monaten Gefängnis, den Mittäter Ch. dagegen wegen Beihilfe zu 2 Wochen Gefängnis. y.

Boston

Roman von Upton Sinclair

67)

Nun hatte Cornelia Thornwell Sorgen: Vierhundert Männer und Frauen zusammengepfercht in den Zellen des Gefängnisses Deer Island, hinter zerbrochenen Fensterscheiben, mitten in einem neu-englischen Winter; ohne Decken, ohne Matratzen, ohne Klosetts. Männer, die man von ihren Frauen gerissen, Mütter, die man von ihren kleinen Kindern getrennt hatte, — und allen verweigerte man juristischen Beistand und jede Auskunft über ihr Schicksal. Eine Frau, die mit ihrem kleinen Mädchen eine Versammlung besucht hatte, war von der Polizei weggeschleppt worden, und das Kind ließ man die ganze Winternacht hindurch allein in den Straßen von Boston umherirren. Ein Mann stürzte sich vor den Augen seiner Mitgefangenen aus dem fünften Stock in die Tiefe und blieb mit zerschmettertem Schädel liegen. Einer wurde verrückt, mehrere andere waren dem Wahnsinn nahe. Und die Zeitungen erwähnten all dieses Elend mit keinem Wort, und jeder, der zu protestieren wagte, wurde in den Schmutz gezogen.

So mußte also Cornelia stundenlang am Telephon sitzen und mit ihren Freunden debattieren, in Komiteesitzungen laufen, eine Stenotypistin anstellen und Briefe diktieren und lange Telegramme an Kongreßmitglieder, Senatoren und Beamte in Washington und Neuyork bezahlen. Sie mußte sich an die Damen aus den Klubs heranmachen und darum bitten, dort sprechen zu dürfen. Sie mußte Zeitungsreporter empfangen und lange Interviews geben, die nie veröffentlicht wurden. Sie mußte die Amtszimmer belagern und die Herren Beamten, die so taten, als sähen sie sie nicht, auf der Straße überfallen. Sie mußte eine Sammlung eröffnen, wie ein Mädel von der Heilsarmee mit der Liste umherlaufen, Bankiers, Advokaten und Kaufleute anschnorren und ihre Frauen und Töchter im „Nähzirkel" belästigen, ihre soziale Stellung in schändlicher Weise mißbrauchen, sich an die Leute heranmachen und ihnen so herzzerreißende Geschichten erzählen, daß sie mit gutem Blaublutgeld herausrückten, um Decken für Bolschewisten zu kaufen und Milch für hungernde Kinder, deren Mütter und Väter das Verbrechen begangen hatten, politischen Parteien anzugehören, die im Dienste des Justizministeriums standen und von ihm geleitet wurden.

Und das war nicht eine Sache von wenigen Tagen, sondern von Monaten. Der quäkerische Präsidentschaftskandidat brauchte sehr lange, um zu begreifen, daß er gegen achtzig Prozent der Verhafteten keinerlei Beweise vorzubringen habe. In Boston gab es durch ein unglückseliges Versehen einen Bundesrichter, der der Ansicht war, daß Gesetzesmacher und Gesetzeshüter den Gesetzen, die sie machen und hüten, selber zu gehorchen hätten. Er erklärte in öffentlicher Sitzung, daß Mob Mob sei, auch wenn er aus Agenten des Justizministeriums bestehe. Er ließ einen Gefangenen nach dem anderen vorführen, und wenn der Betreffende nachweisen konnte, daß er amerikanischer Bürger sei, oder daß er nicht der von der Regierung geleiteten Kommunistischen Partei angehört habe, wurde er freigelassen. Aber das alles brauchte Zeit, — inzwischen mußten ein paar tausend Kinder ernährt und ebenso viele Lügen zurückgewiesen werden. Und die ganze Arbeit lastete auf den Schultern einer kleinen Schar rebellischer Frauen.

8.

Fast jeden Sonntag in diesem Winter kam Vanzetti nach Boston. Sein Fischgeschäft ging recht gut, und in seiner freien Zeit arbeitete er als Schneeschaufler oder Eishacker, so daß er das nötige Geld für die Fahrt und für Propaganda hatte. Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung hatte er beschlossen, daß die anarchistas eine eigene Zeitung haben müßten. Er trieb die siebenhundertundfünfzig Dollars auf, die zum Ankauf einer alten Linotype-Setzmaschine nötig waren. Er hatte sogar ein paar Artikel geschrieben, die in dem neuen Blatt erscheinen sollten, und arbeitete fleißig daran, sich „kulturell zu bilden", indem er sowohl Italienisch wie Englisch lernte. Eines Abends war er zum Essen bei Cornelia. Als sie auf die Gefährlichkeit seines Weges hinzuweisen wagte, erwiderte er, daß man nie etwas leisten könne, wenn man in Zeiten der Gefahr davonlaufe. Die Zeiten der Aktivität seien stets auch Zeiten der Gefahr, — da könne man sich schon auf die capitalistas verlassen.

Viele aus der Galleani-Gruppe waren deportiert, Coacci war verhaftet worden. Die Gruppe hatte ein Bürgschaft für tausend Dollars beigebracht, und nun war Coacci zur Deportation verurteilt worden. Auch Nick Sacco plante bereits, mit seiner ganzen Familie nach Italien zurückzukehren. Große Ereignisse standen in diesem Sommer bevor — vielleicht die richtige Revolution —, und Nick, als Mann der Tat, wollte dabei sein.

Ja, es würde jetzt nicht gerade schlecht sein, wenn sie einen nach Italien schickten; aber ach, man kam nicht immer hin! Vanzetti erzählte die schreckliche Geschichte von compagno Marucco, der auf ein Schiff gebracht worden war, und von dem man seitdem nichts mehr gehört hatte. Sämtliche anarchistas waren überzeugt, er sei unterwegs über Bord geworfen worden, weil er einige der in der Gruppe tätigen Regierungsspitzel entlarvt hatte. Ein anderer Genosse hatte sich in der Zelle aufgehängt. Hatte er es wirklich selbst getan, oder hatte ihm irgend jemand den Dienst erwiesen? Man mußte eiserne Nerven haben, um angesichts solcher Ereignisse mit der Propaganda fortzufahren!

Vanzetti erzählte, daß Carlo Tresca in Neuyork einen Spitzel entlarvt habe, einen gewissen Ravarini, der viele Monate lang einen anarchista von der gewalttätigsten Art, einen Anhänger Ravachols, gespielt und vorgeschlagen hatte, die Zeitschrift „Cronaca Sovversiva" wieder herauszugeben. Ravarini hatte sich erbötig gemacht, das Geld zu beschaffen, und Vanzetti als Herausgeber vorzuschlagen, Barto aber hatte abgelehnt, da er sich für zu ungebildet hielt.

Dieser Ravarini hatte versucht, die Bombenattentate den Galleani-Leuten in die Schuhe zu schieben. Denn die Regierungsagenten waren anscheinend überzeugt, daß diese Gruppe daran schuld sei. Vanzetti bezeichnete diese Idee in einer Diskussion als den größten Unsinn von der Welt. Er wies auf die Ereignisse hin: die Polizei habe Hunderte von anarchistas verhaftet, ihre Wohnungen durchsucht und weder eine Bombe noch irgend etwas, das mit Bomben zu tun hatte, gefunden. Eines Tages würde die Wahrheit ans Licht kommen. Die Täter seien Geheimagenten, „Kerls, was werden reik durk Jagd auf anarchista."

„Sie glauben also, daß die Agenten unschuldige Menschen umbringen?" fragte Cornelia.

„Werden nikt vill Leute getötet, Nonna! Bombe sprengen kleine Stück 'aus in Luft, mankmal, wenn Leute nikt ssu 'ause oder slafen oben in Stock und nikt werden verwundet. Wollen jemand töten, is' nikt so swer, ville Leute töten immerfort, ville Italiener töten ganz billig — wie nennen es? — „Swartse 'and". Is kennen solke Kerl, ganze Masse, 'ören ihn sprecken in Cafee, vanaglorioso auf dem was er tut. Er sagen: „Kein solke große Töter in ganze Staat Massachusetts; niemand schißen so snell, so siker." Man zahlen ihm 'undert Dollars, näxte Nakt ihr nemico is' tot. Wossu maken große Bombe, große Lärm?"

(Fortsetzung folgt.)

Unerwünschte „Gäste". Aus einer Kattowitzer Restauration stahlen bis jetzt nicht ermittelte Täter einen Grammophon Firma „Ebeco", 20 Platten, sowie eine größere Menge Schnaps. Der Gesamtschaden wird auf 500 Zloty geschätzt. Vor Ankauf des Grammophons wird polizeilicherseits gewarnt. z.

Wegen Schwindeleien und Diebstahl. Der Inhaber der Firma „Ge-Ka-Wo" auf der ulica Mlynska, Josef Rott, welcher größere Kautionsschwindeleien ausgeführt hat, wurde inzwischen von der Polizei festgenommen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Hierbei handelt es sich um den Fall, wo auch der Chauffeur Paul Mazur aus Kobier um den Betrag von 1000 Zloty betrogen wurde. — Verhaftet wurde ferner ein gewisser Paul Stellmach, welchem der Diebstahl, zum Schaden des Inhabers August Juraszek, zur Last gelegt wird. z.

Hohenlohehütte. (Aus der Kommune.) Vergangene Woche fand hier eine Gemeindevertretersitzung statt, welche etwas stürmisch verlaufen ist, zu dem der Mißtrauensantrag an der Korfantypartei gegen den Schöffen Szymainski den Anlaß gegeben hatte. Außer Einführung des neuen Vertreter Grüner wurden Fragen, wie der Bau von neuen Wohnhäusern, von denen, nach den Ausführungen des Wojewodschaftsvertreters, ein Haus die Kosten von 238 000 Zloty verschlingen wird und der Mietszins für 2 Stuben und Küche 40 Zloty betragen soll, behandelt. Nach der Wahl des Kaufmanns Sojka in die Baukommission, Aenderung des Statutes für die Fortbildungsschule und anderen Kleinigkeiten, wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und mit der geheimen Sitzung begonnen.

Bogutschütz. (Versuchter Selbstmord.) Das 20jährige Dienstmädchen Wanda Polaczek versuchte im Park Kosciuszki Selbstmord zu begehen, indem es eine Menge Jodtinktur einnahm. Mittels Auto der Rettungsstation wurde die Lebensmüde nach dem städtischen Spital geschafft. z.

Bielschowitz. (Aufgeklärter Kioskeneinbruch.) In der Nacht zum 15. d. Mts. wurde in den Kiosk des Josef Wienczkiewicz ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. 12 Flaschen Wein. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung nach den Tätern auf und ermittelte inzwischen als Mittäter einen gewissen Alfred Otrzaska und Alfons Bania aus Bielschowitz. z.

Königshütte und Umgebung

Die Arbeitslage in der Königshütte

Die Arbeitslage in der Königshütte ist nach wie vor unverändert, trotzdem man gerade in dieser Zeit auf eine Hochkonjunktur gerechnet hat. Außer den Walzwerken und Martinöfen arbeiten die meisten Betriebe der Königshütte mit wöchentlicher Einlegung von drei Feierschichten. Die Verwaltung hat sich zwecks weiterer Reduzierung der Belegschaft (die Reduzierungen werden in der letzten Zeit als „Sport" angesehen), an den Demobilmachungskommissar um die Genehmigung zur Entlassung von 360 Mann gewandt; Letzterer aber hat bis zur Stunde die Genehmigung noch nicht erteilt und wird sie auch hoffentlich nicht erteilen. — Ferner soll die in der Königshütte seit Jahrzehnten bestehende Stahlgießerei nach der Hubertushütte in Hohenlinde verlegt werden. Die Belegschaft betrug nach 29 Entlassungen am Ende des vergangenen Monats 4089 Arbeiter und 405 Angestellte. In den Werkstättenbetrieben hat die Arbeitslage eine wesentliche Verschlechterung erfahren, nachdem Regierungsaufträge so gut wie gar nicht erteilt werden. Der für die Weichenfabrik vorgesehene Regierungsauftrag wurde zurückgezogen und soll, wie wir erfahren, noch einmal ausgeschrieben werden. Die Brückenbauanstalt stand noch bis zum Ende des vergangenen Jahres auf einer glänzenden Stufe, wobei annähernd 1000 Mann beschäftigt wurden. Gegenwärtig wird die Belegschaft auf 600 Mann reduziert, wo zum Teil schon Reduzierungen erfolgten und weitere noch bevorstehen. Zur Zeit verfügt die Brückenbauanstalt über einen Auftrag aus Rumänien, in Brücken, aber mit einer fünfjährigen Lieferungsfrist, und zwar mit der Maßgabe, daß in diesem Jahre nur 1000 Tonnen geliefert zu werden brauchen. Seit langer Zeit gehen aber von seiten der Regierung keine Aufträge ein. Besser gestellt ist die Waggonfabrik, die einen Auftrag von 40 Postwagen bis zum Ende des Monats März nächsten Jahres auszuführen hat, außerdem besitzt sie eine Lieferung von 200 Schmalspurwaggons und 40 Stück Viehwaggons. Keine Aufträge besitzen die Räderfabrik, Preßwerk und die Federnschmiede, weshalb sich die Verwaltung mit dem Gedanken trägt, etwa 100 Mann dieser Betriebe zu entlassen. Kündigungen wurden gestern bereits ausgesprochen. Die Gesamtbelegschaft beträgt etwa 1600 Mann und 230 Angestellte.

Neuer Bezirksvorsteher. Durch Beschluß der städtischen Körperschaften wurde als Bezirksvorsteher und stellvertretenden Waisenrat, für den ausgeschiedenen Sgorzelski, der Apotheker Wladislaus Zymierski von der ul. Wolnosci 80 gewählt.

Gegen die Verschmelzung der Krankenkassen. Am Freitag begibt sich eine Delegation der Vorstände der Krankenkassen in das Wohlfahrtsministerium nach Warschau, um gegen die geplante Verschmelzung der Krankenkassen zu protestieren, bezw. ihre Verwirklichung zu verhindern.

Karambolage. An der ul. Glowackiego wurde ein Pferd des Fleischermeisters Alfred Olanka aus Königshütte scheu und verursachte einen Verkehrsunfall. Als das Pferd scheute, war ein Autobus im Begriff, die gefährdete Stelle zu passieren, hielt jedoch an. Hinterher fuhr eine Straßenbahn in das Auto hinein. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. Zum Glück sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen.

Mit der Flasche auf den Kopf. In der Nacht kam es auf der ul. Szpitalna zwischen einem gewissen Hubert K. und Ignaz R. zu einem Wortwechsel, wobei K. dem R. mit einer Bierflasche einen heftigen Schlag auf den Kopf versetzte. Im schwerverletzten Zustande mußte R. in das städtische Krankenhaus überführt werden.

Siemianowitz

Immer langsam voran!

Seit 14 Tagen sind 3 Maurer und 2 Zimmerleute ehrlich bemüht, den neuen Schulbau auf der Hugostraße von der Stelle zu bringen; leider mit sehr wenig Erfolg. Wenn böse Zungen behaupten, daß dieser Schulbau mit seinem Schneckentempo im Bauen an die „berühmte" Kattowitzer Kathedrale erinnert, so haben sie gar nicht unrecht. Aber dagegen ist seitens der Gemeinde nicht zu helfen, weil eben das Nötigste fehlt, um die Arbeit zu forcieren, nämlich das Geld. Fast 50 Arbeiter könnten dort den ganzen Sommer über Arbeit finden, wenn der genügende Mammon vorhanden wäre. — Hoffentlich erinnert sich die Wojewodschaft gelegentlich an diesen zur Einsamkeit verurteilten Bau. R. B.

Wichtige Beratungen im Rosdziner Gemeindeparlament

Kein Geld für den Sanacja-Aufständischenverband — Um die Existenz des Gymnasiums — Bau einer Volksschule und eines Wohnhauses — 1000 Zl Dispositionsfonds für den Gemeindevorsteher — Eine stinkende Angelegenheit

Die letzte Gemeindevertretersitzung in Rosdzin hatte über verschiedene sehr wichtige Punkte, besonders wirtschaftlicher Art, zu beraten. Bei der Gewitterstimmung, die nicht nur draußen herrschte, kam auch die parteipolitische Seite zu ihrem „Recht". Besonders die Vertreter der Sanacja gegen die Sozialisten taten sich hervor, als es um die Zuweisung der Subvention für den Schlesischen Aufständischenverband ging. Auch bei den Debatten um die Existenz des Gymnasiums in Rosdzin ging es sehr heiß zu. In allen anderen Punkten wurde rasch verhandelt und die Sachlichkeit, mit der einige der neuen Gemeindeväter an die einzelnen Punkte herangingen, garantiert, daß in Zukunft ein gutes Zusammenarbeiten möglich wird.

Um 6 Uhr nachmittags wurde die Sitzung vom Gemeindevorsteher Such y eröffnet. An Stelle des verstorbenen, noch nicht eingeführten Gemeindevertreters Kocur wurde Ernst Kucowitz ins Amt eingeführt.

Auf ein Gesuch der Korfantypartei hin wurde einstimmig beschlossen, für die Spielschule zwecks Ankaufs eines Schrankes 250 Zloty auszuwerfen und die monatliche Entschädigung der Gehilfinnen der Schwestern von 45 auf 60 Zloty, mit Gültigkeit vom 1. Juli d. J. zu erhöhen.

Dann kam es zu schweren Wortgefechten zwischen den Sanatoren und den Vertretern der P. P. S. in Sachen der Subventionierungen des historischen „Marsches an die Oder", der vom Aufständischenverband der Sanacjagruppen inszeniert wird.

Für das Komitee der Polnischen Emigrantenwoche wurde eine einmalige Abfindung in Höhe von 50 Zloty bewilligt.

Die Subventionierung der Verkehrs-Ausstellung in Posen wurde einstimmig abgelehnt, da die Gemeinde nicht mit interessiert ist.

Eine fast einstündige Debatte nahm die Angelegenheit der Unterhaltung des Gymnasiums in Rosdzin in Anspruch. Die Sanatoren waren für die weitere Subventionierung unter Hinzuziehung der mitinteressierten Gemeinden, darunter Janow, Schoppinitz. Auf den Wunsch der Gemeindevertreter hin erstattete der Gemeindevorsteher einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftliche Situation. Von 112 000 Zloty, die das Gymnasium im Jahre verbraucht, hat die Gemeinde mindestens 60 000 Zloty aufzubringen. Die restlichen Gelder fließen aus der Subventionierung des Unternehmens durch die Wojewodschaft usw., wie Schulgeld, das sehr minimal ist. Die Gemeinde hat aber schon im ersten Halbjahr einen Ausfall von 50 000 Zloty Steuereinnahmen gehabt, der bis zum Jahresschluß noch 100 000 Zloty übersteigen dürfte. Sie ist nicht imstande, das Unternehmen in seinem jetzigen Bestande zu erhalten. Das Gymnasium wird von 230 Kindern besucht, die zu 50 Prozent aus Kongreßpolen stammen und das aus dem Grunde, weil man in Sosnowice in einem Monat soviel Schulgeld zu zahlen hat, als in Rosdzin für das ganze Jahr. Auf die Festsetzung des Schulgeldes hat die Gemeindeverwaltung gar keinen Einfluß. Ebenso nicht auf die Besetzung der Lehrstellen, obgleich diese durch die Gemeinde bezahlt werden müssen. Nach langem Hin und Her beschloß man, die Unterzeichnung des Subventionsvertrages mit der Wojewodschaft zu vertagen. Dafür einigte man sich dahin, eine Delegation zu wählen, die beim Wojewodschaftsamt in genannter Angelegenheit vorstellig werden soll, um möglichst die Erhöhung der vorgesehenen Subvention seitens der Wojewodschaft zu bewirken. Auf einen Antrag des Gemeindevertreters Dlubis (P. P. S.) wurde beschlossen, ein Memorial in Sachen des Gymnasiums an die einzelnen Klubs des Schlesischen Sejms zu richten, worin eine Verstaatlichung des Gymnasiums angestrebt wird. Die vorgenannte Delegation setzt sich zusammen: aus den Gemeindevertretern Dlubis, Ufel, Kruczek und dem Gemeindevorsteher. Damit wurde dieser Punkt verabschiedet.

Die Notwendigkeit des Baus einer neuen Volksschule allgemein anerkennend, einigte man sich auf den Vorschlag, den Bau der Schule durchzuführen, wenn von seiten der behördlichen Instanzen entsprechende Subventionen zur Verfügung gestellt werden.

Ohne lange Diskussionen beschloß man, dem Gemeindevorsteher einen Dispositionsfonds in Höhe von 1000 Zloty zu gewähren.

Zum Amtsbaumeister wurde Baumeister Drewniok gewählt und zu dessen Stellvertreter Baumeister Brück.

Unter Punkt „Bekanntmachungen" teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Wojewodschaft in Anbetracht der großen Wohnungsnot in Rosdzin der Gemeinde einen Fonds in Höhe von 216 000 Zloty für den Bau eines neuen Wohnhauses bereit gestellt hat. Diese Nachricht wurde von allen Gemeindevertretern mit großer Genugtuung aufgenommen.

Darauf kamen die Zustände auf der ul. Marszalka Pilsudskiego zur Sprache. Es wurde betont, daß die hier sich breit machenden unangenehmen Gerüche unerträglich und einige Gullys schon in einer Entfernung von 200 Metern durch ihren Duft zu bemerken sind. Gemeindevertreter Dlubis machte auf einen ähnlichen Fall aufmerksam, der sich in der Nähe des Treppenaufstieges nach Helgoland (Bahnhofstraße) bemerkbar macht. Der Gemeindevorsteher versprach, in dieser Richtung Schritte zu unternehmen, damit diese unangenehmen Gerüche endlich verschwinden.

Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der Sitzung wurde diese gegen 7,40 Uhr abends geschlossen. —h.

Mangelhafte Rückbeförderung von Verkehrskartenanträgen. Für Siemianowitz und Umgegend erfolgt die Eingabe von Verkehrskartenanträgen für die Buchstaben O, P, Qu und R, bis zum Ende dieses Monats. Die Antragsteller müssen nötigenfalls den Militärpaß oder anderweitige glaubwürdige Urkunden vorlegen. Es empfiehlt sich ferner, Kinder im Alter von 10 Jahren mit Verkehrskarten zu versorgen, da die neuen Karten eine Gültigkeitsdauer bis zum Jahre 1937 besitzen und ein Kind von 15 Jahren bereits keine Aufnahme auf den Elternkarten erhält. Ferner können dann auch Kinder, unabhängig von den Eltern, mit eigener Verkehrskarte die Grenze passieren, was entschieden in verschiedenen Fällen von Vorteil sein dürfte. Zu bemängeln wäre die Erledigung der Anträge in unserem Bezirk, welche keine entsprechende ist. So sind z. B. verschiedene Karten aus Anträgen im Monat März noch nicht erledigt. Da, wie festgestellt, das hiesige Polizeikommissariat keine Schuld trifft, muß der Fehler anderwärtig gesucht werden. Der Andrang bei der Abholung ist derartig stark, daß es nicht zu verwundern wäre, wenn die Ausgabebeamten einmal die Nerven verlieren sollten. Hier muß baldigst Abhilfe geschaffen werden.

3 Unglücksfälle auf Richterschächte. Im Westfeld 2 der Richterschächte geriet der Häuer Peter Pempucki unter herabfallende Kohlenmassen und erlitt einen doppelten Bruch des rechten Beines, wie auch einen Bruch des rechten Fußes. — Auf einem Querschlag löste sich beim Antreiben eines Stempels ein Quaderstein aus der Firste und zertrümmerte dem Lehrhäuer Leopold Zawoda den linken Fuß. — Beim Transport geriet der Lehrhäuer Michael Sikora unter Gesteinsmassen und brach den rechten Unterschenkel. In allen 3 Fällen wurden die Verunglückten ins Knappschaftslazarett geschafft.

Myslowitz

Rosdzin. (Wie Arbeitslose von Hausbesitzern behandelt werden.) In Rosdzin kam es gestern abends in der Einfahrt des Hauses Nr. 45 an der ul. Marszalka Pilsudskiego, zu einem Auflauf. Die Ursache hierzu war der Lärm, den eine zu den Neureichen und Inflationsgewinnlern zählende Hausbesitzerin, Frau S., welche als solche in Rosdzin eine Anzahl von Häusern ihr Eigen nennt, gegen einen dort wohnenden Arbeitslosen inszenierte, weil dieser von seinem umziehenden Bruder eine Fuhre Gratiskohle erhielt. Auf dem die Kohle anfahrenden Wagen, befanden sich noch einige Bretter und Kisten, sowie Korbmöbel. Die „intelligente" Frau alarmierte die Polizei und verlangte, daß der Wagen mit der Kohle sofort entfernt werde, da dieser ohne ihr Wissen (?) angefahren sei. Die Polizei stellte den Sachverhalt fest und gab ihr zur Kenntnis, daß die ganze Aufregung völlig grundlos sei, da der Arbeitslose sich im Recht befand. Die „gnädige" Frau S. machte darauf der Frau des betr. Arbeitslosen sehr wenig intelligente Aussprüche. Zu bemerken wäre, daß Frau S., die von irgendwo nach Oberschlesien kam, jetzt, nachdem sie durch das große Glück reich wurde, den Aermsten den letzten Blutstropfen auszusaugen. Frau S. hat wohl vergessen, wie es vor 7 Jahren, als sie nach Oberschlesien kam, mit ihr bestellt war. Vergessen hat sie wohl, daß sie dazumal bei einer armen Witwe einen Mantel aus einer Pferdedecke hat nähen lassen, weil sie nichts anzuziehen hatte, und bis heute noch, trotz ihrer Besitzungen und den Sommerreisen, den Arbeitslohn vorenthalten hat. Dafür aber erlaubt sie sich jetzt gegenüber den Aermsten Extrarechte, die aller Vernunft spotten. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Orzegow. (Die Betriebsratswahlen auf der Gotthardtgrube.) Hier fanden die Betriebsratswahlen statt, an welchen über 80 Prozent der Belegschaft teilgenommen haben. Von den vier eingereichten Listen erhielten die „Freien Gewerkschaften 117 Stimmen und 1 Mandat, der polnische Bergarbeiterverband 247 Stimmen und 2 Mandate, die polnische Berufsvereinigung 389 Stimmen und 3 Mandate, sowie 1 Ergänzungsmann, und die vierte Liste, die zum ersten Male von den Kommunisten eingereicht wurde, bei 445 Stimmen 4 Mandate und 1 Ergänzungsmandat. Bei den diesjährigen Wahlen verlor der polnische Bergarbeiterverband zugunsten der Kommunisten von den bisher innegehabten 7 Mandaten fünf. Während von den anderen Listen die „Freien Gewerkschaften" ihren alten Stand behaupteten, konnte die polnische Berufsvereinigung ein Ergänzungsmandat hinzugewinnen. Aus dem gesamten Ergebnis ist zu ersehen, daß die Mehrheit der Linken wieder gewählt wurde, nur hat sie anstatt der Gemäßigkeit, den radikalen Charakter angenommen.

Rybnik und Umgebung

Knurow. (Sein Vertreter, welcher Haß sät!) In unserem Industrieorte Knurow hatten wir Sozialisten seit langer Zeit von unserer Geistlichkeit Ruhe. Ja, wir müssen sogar zugeben, daß, solange unser gegenwärtiger Pfarrer, sowie auch der Kaplan im Orte sind, diese noch nie ein Wörtchen von der Kanzel gegen die Sozis erwähnt haben. Diese beiden führen nämlich so ziemlich wahrheitsgetreu die Lehre Christi aus. Gegenwärtig befindet sich der hiesige Pfarrer zur Erholung, so daß ein anderer Diener Christi seine Geschäfte übernommen hatte. Sonntag merkten die Gläubigen auch, daß in diesem Stellvertreter ein anderer Geist und zwar der Geist des Hasses wohnt. Unter anderem faselte dieser von der Kanzel zu den Gläubigen herab, daß alle Stände ihre Feinde haben, so auch die Geistlichkeit, deren wrogis die Sozis sind. Weiter erzählte er den Zuhörern die alten unwahren abgedroschenen Phrasen, daß die Sozialisten die Kirchen umstürzen wollen. Diese seine Lehre schadet uns zwar nicht, denn auch seine sonst noch Gläubigen wissen, daß das eine gemeine Lüge ist. Empörend wirken diese Märchenerzählungen auf uns Sozialisten und nur dieserhalb, daß solche Lügen im Gotteshause von den „Auchdienern" Christi ausposaunt werden, anstatt den Gläubigen die nackte Wahrheit zu offenbaren, daß die Sozis nur gegen die himmelschreiende Ausbeutung der Geistlichkeit mitsamt dem Kapitalismus, die gegenüber den armen Geschöpfen desselben Gottes ausgeübt werden, kämpfen.

Republik Polen

Einstellung der „Mathildegrube" in Konty. Ab 1. August wird die der Giesche-Sp. Akc. gehörende Erzgrube „Mathilde" bei Konty (Chrzanow in Kleinpolen) eingestellt. Augenblicklich ist man daran, sämtliche Maschinen abzubauen. Den noch beschäftigten 70 Arbeitern ist bereits gekündigt worden. Nach der Einstellung wird das Bergwerk vollständig unter Wasser gesetzt. Von den Anlagen bleibt bis auf weiteres nur das Elektrizitätswerk in Betrieb. Die Einstellung ist ebenfalls auf die Wirtschaftskrise und den Absatzmangel zurückzuführen.

Religiöser Sozialismus?

Wir sind religiöse Sozialisten, weil uns der Kampf um den Sozialismus ein heiliger Kampf ist, zu dem uns Gott zwingt..

Wir sind religiöse Sozialisten, weil unsere Hoffnung auf die neue Ordnung unter den Menschen ihre Kraft aus dem Glauben nimmt, daß es eine Vorwärtsentwicklung gibt nach dem Reiche Gottes zu, dem Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, der Freunde im heiligen Geist, hier auf dieser Erde......

Wir sind überzeugt, daß in keiner Sittenlehre und in keiner Religion mehr Kraft liegt für die innere Vorbereitung und Ertüchtigung des kämpfenden Sozialisten als im Evangelium Jesu Christi und in der prophetischen Offenbarung des Alten Testaments....

Die in den Kirchen Mächtigen spotten über uns „Idealisten und Illusionisten", über uns „Schwärmer und Utopisten". Darum müssen wir uns maßgebenden Einfluß in den Kirchen erzwingen, um sie von Grund auf zu erneuern aus dem Geiste Jesu Christi.....

(Aus einer programmatischen Flugschrift des Bundes der religiösen Sozialisten.)

Die religiösen Sozialisten sind eine Erscheinung der Nachkriegszeit. Zu ihren Führern zählen eine Reihe sozial denkender Pfarre, aber auch andere Intellektuelle. Wahrscheinlich hätte die große Arbeiterbewegung von ihrem kleinen Bund keinerlei Notiz genommen, wenn sie nicht mehrfach in politischen Angelegenheiten das Wort ergriffen hätten. So wandten sie sich z. B. öffentlich gegen die Arbeit der Partei für weltliche Schulen und Jugendweihe. Damit fordern sie die Stellungnahme der Arbeiterbewegung zu ihren Bestrebungen heraus.

Ihr Programm will den Sozialismus und die christliche Religion miteinander verbinden. Ist diese Verbindung möglich?

Unter dem Deckmantel eines radikalen Christentums hat sich mehr als eine revolutionäre Bewegung der Unterdrückten verborgen. Die ersten christlichen Sekten im zerfallenden römischen Reich waren geheime Verbindungen der Proletarier und Sklaven, die eine Erlösung aus ihrem sozialen Elend durch das Christentum im Diesseits erhofften. Als die christliche Kirche zur Kirche der herrschenden feudalen Klasse wurde, vollzogen sich eine Reihe von Klassenkämpfen unter religiöser Flagge. Der Kampf gegen die herrschende Gesellschaft versteckte sich hinter dem Kampf christlicher Sekten gegen die mächtige Kirche. Die Wiedertäufer erfaßten die Bewegung der Bauern gegen die Feudalherren. Der Aufstand der Bauern im Bauernkrieg war ein Aufstand unter der Fahne eines radikalen Bauern-Christentums. Die Reformation Luthers selbst war die erste gesellschaftliche Erhebung des aufkommenden Bürgertums gegen die feudale Gesellschaft. In der Gegenwart noch verbindet sich in manchen religiösen Sekten, wie in der der „Ernsten Bibelforscher", die Hoffnung auf gesellschaftliche Befreiung im Diesseits mit dem Vertrauen auf das Christentum. In der religiösen Opposition in der Kirche und gegen die Kirche spiegelte sich immer ein Stück gesellschaftlicher Opposition bestimmter Schichten und Klassen gegen andere, herrschende Schichten und Klassen wider.

Die Bewegung der religiösen Sozialisten kann sich also auf das geschichtliche Beispiel der religiösen Sektenbewegungen berufen. Sind aber in der Gegenwart noch die Bedingungen für eine solche Verbindung von Religion und sozialer Bewegung gegeben? Schon ein oberflächlicher Blick auf die moderne Arbeiterbewegung verneint das. Sie stand von Anfang an im Kampf nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen die Religion. Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbewegung führen auch heute noch den stärksten und konsequentesten Kampf gegen alle religiöse Ideologie in der Arbeiterschaft. Der Bund der religiösen Sozialisten ist eine Sekte, die wesentlichen Umfang nicht besitzt und nie besitzen wird.

Jede gesellschaftliche Bewegung mußte sich als religiöse Bewegung ausgeben, solange die Gesellschaft noch vom religiösen Denken beherrscht wurde. In der Gedankenwelt der christlichen Sekten prägt sich die Zurückgebliebenheit, die Unentwickeltheit der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Hinter der christlichen Sektenopposition verbirgt sich die Unklarheit z. B. der Bauernbewegung über sich selbst. Sie ist weder imstande, ihre eigene gesellschaftliche Lage, noch ihre gesellschaftlichen Aufgaben zu erfassen. Das ist die Ursache auch ihrer geschichtlichen Niederlage. Wo eine revolutionäre gesellschaftliche Bewegung im Zeichen des Christentums auftritt, legt sie damit schon dar, daß sie über Wege und Ziele der gesellschaftlichen Befreiung der unteren Klassen keine Klarheit besitzt. Die Menschen glauben solange an ihre Befreiung durch eine überweltliche Macht, durch Gott, solange sie den Weg ihrer Befreiung durch sich selbst nicht sehen können.

Die Religion ist darum dem modernen Proletariat kein Wegweiser für seinen Kampf um den Sozialismus. In der Gedankenwelt des Marxismus findet es seine eigene moderne, antireligiöse Gedankenwelt: Der Weg der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Diese gewaltige Absage an alle religiöse Gedankenwelt ergab sich für die Arbeiterbewegung aus ihrer gesellschaftlichen Lage von selbst. Die Religion fand in ihr schon gefühlsmäßig keinen Boden mehr.

Der moderne klassenbewußte Arbeiter hat keine Religion mehr, weil er keine religiösen Bedürfnisse mehr hat. Die Menschen haben die Religion erfunden, um sich das ihnen unerklärliche Geschehen in der Natur und Gesellschaft zu deuten. Sie glaubten an das Wirken überweltlicher Mächte, weil sie die Triebkräfte des Geschehens in der Natur und in ihrer eigenen Gesellschaft nicht kannten. Der moderne Arbeiter ist ein Schüler der modernen Technik. Er ist Herr der Maschine, Herr über gebändigte Naturkräfte. Weil er deren Geheimnis kennt, hat er kein Verlangen, Gott zu seiner Erklärung anzurufen. Die Gedankenwelt des proletarischen Sozialismus weist ihm auch den Weg zur Erfassung der Zusammenhänge des gesellschaftlichen Geschehens. Er ist imstande, nicht nur die Ursachen seiner eigenen Lage zu erfassen, sondern auch die Ansatzpunkte der Veränderung seiner Lage zu erkennen und durch sein eigenes Tun an diesen Punkten die Hebel einzusetzen.

So geraten Religion und Sozialismus miteinander in Widerspruch. Die Klarheit über den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse wird getrübt durch jede religiöse Auffassung, weil diese die klare Vorstellung über den Weg im Diesseits durch die unklare der jenseitigen Hilfe ersetzt. Das religiöse Denken ist das Ueberbleibsel einer Welt, die das naturwissenschaftliche und das gesellschaftswissenschaftliche Denken noch nicht kannte. Der moderne Sozialismus baut sich auf den Ergebnissen der modernen Wissenschaft auf. Seine Verbindung mit der Religion wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt auf eine gesellschaftlich überwundene Stufe des menschlichen Denkens. Sie ist darum unmöglich.

Die religiösen Sozialisten meinen, daß die sittliche Kraft der sozialistischen Bewegung aus der Bibel genommen werden muß. Aber auch hier sagt die Wirklichkeit etwas anderes. Solange die Arbeiterbewegung kämpft, hat sie ein ungeheures Maß von Verantwortlichkeit, Idealismus, Aufopferung und Hingabe von den Menschen verlangt. Und die Sozialisten schöpfen diese sittliche Kraft nicht aus dem Christentum, sondern sie schöpfen sie aus der Verbundenheit mit ihrer Klasse. Die Quelle der „Ethik" des proletarischen Klassenkampfes ist die proletarische Klassensolidarität. Der moderne Sozialismus hat es nicht nötig, das Jenseits anzurufen, weil ihn die sittlichen Kräfte des Menschen im Diesseits tragen. Die Moral der kämpfenden Arbeiterklasse ergibt sich nicht von oben, sondern aus der Wirklichkeit des Klassenkampfes.

Solange die Menschen in einer zersplitterten Gesellschaft leben, in einer Gesellschaft des Kampfes der einen gegen die anderen, unterdrücken ihre egoistischen Triebe ihre solidarischen. Der Sozialtrieb aber verlangt seine Befriedigung ebenso wie jeder andere Trieb. Weil die Menschen der kapitalistischen Gesellschaft in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur als Ich-Menschen handeln, haben sie noch religiöse Bedürfnisse. Ihr Sozialtrieb soll einen Ausgleich wenigstens im Jenseits sehen, wenn er sich schon mit dem Unrecht der heutigen Gesellschaft abfinden muß. Das ist die wichtigste psychologische Quelle, die die Religion in der Gegenwart noch hat. Durch das Erleben der Kampfgemeinschaft der proletarischen Klasse aber wird der Sozialtrieb des Arbeiters auf die Solidarität der Klasse im Diesseits verwiesen. Er hat es nicht mehr nötig, nach dem Jenseits zu flüchten. Darum hat der moderne Arbeiter in der Klassenbewegung auch kein „Organ" mehr für Religion. Weil sich die Sittlichkeit der Arbeiterklasse aus der Wirklichkeit ihres Kampfes ergibt, kann auch hier der religiöse Sozialismus keinen Boden fassen.

Im Wesentlichen ist der Bund der religiösen Sozialisten eine Organisation von Intellektuellen, die unfähig sind, sich geistig in die proletarische Klasse einzufügen. Weil sie die Gedankenwelt des proletarischen Sozialismus nicht erfassen können, suchen sie die „Begründung" für den Sozialismus bei Gott und den Heiligen. Weil sie die Sittlichkeit des Klassenkampfes der Arbeiter im Klassenkampf selbst nicht sehen, suchen sie die „sozialistische Moral" in der Bibel.

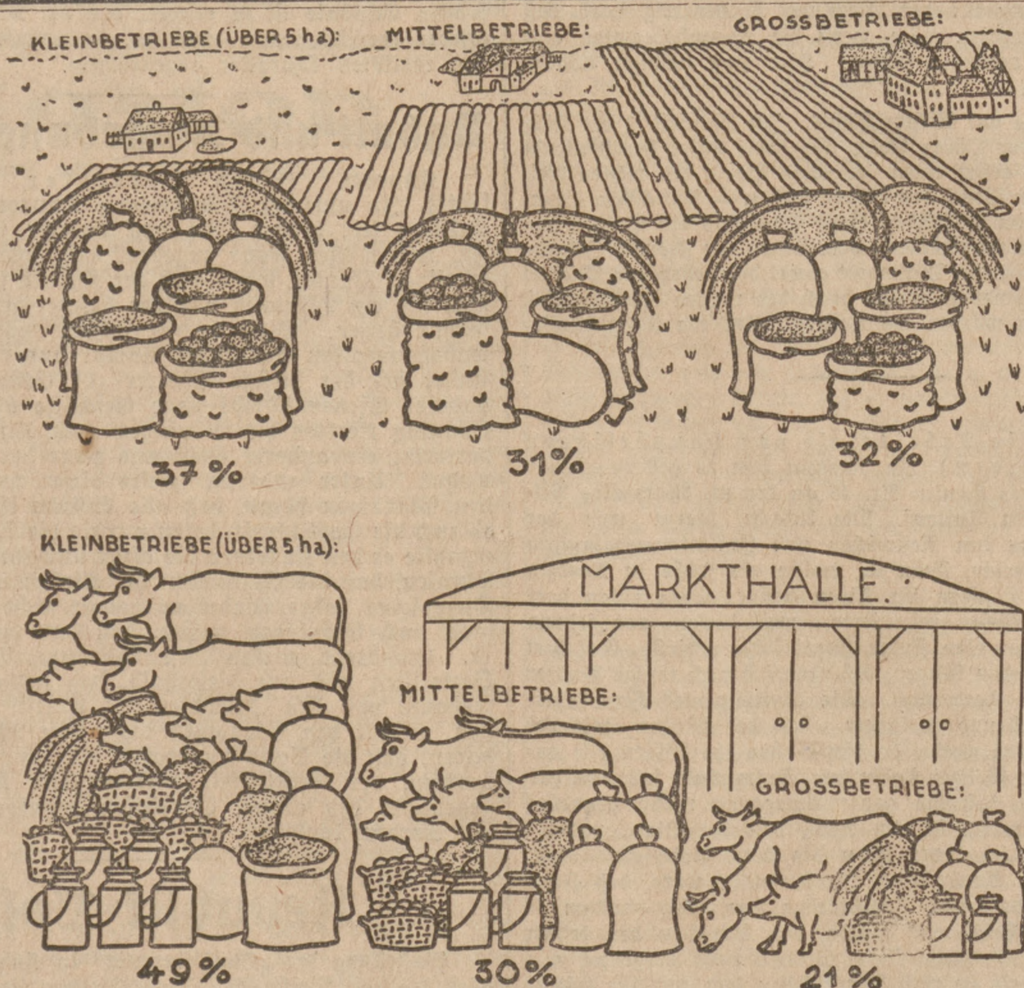
Sie könnten ihre eigene Rückständigkeit nicht besser beweisen, als durch ihren Aufruf zum Verbleiben in der Kirche. Die Kirche ist nicht nur ein geistiges Herrschaftsmittel, sie ist ein Stück politischer Machtorganisation der herrschenden Klasse. Solange wesentliche Teile der Arbeiterschaft im Gefolge der Kirche stehen, ist die Macht der kapitalistischen Gesellschaft gesichert. Die christliche Kirche verweist die Menschen auf das Jenseits, damit sie sich im Diesseits weiter ausbeuten lassen. Die Religion ist in den Händen der Kirche ein Instrument der Abteilung des Willens zur sozialen Befreiung der Arbeiter auf das ungefährliche Jenseits. Die Aufforderung, die Kirche zu „erobern", ist eine Utopie. Die zwei Dutzend „sozialistischen" Stimmzettel zu den Synodenwahlen ändern am reaktionären Charakter der Kirche nicht ein Jota. Außerdem ist es unsinnig, die „Eroberung" einer Einrichtung zu fordern, die ihrem Wesen und ihrer Gedankenwelt nach eine klassenfeindliche Organisation ist. Die „Eroberung" der Kirche ist für das Proletariat nur durch ihre Zertrümmerung möglich, nicht aber durch die Ersetzung von Stahlhelmpfarrern durch „sozialistische". Indem die religiösen Sozialisten zum Verbleiben in der Kirche auffordern, stützen sie die kirchliche Tradition in den Massen, schwächen sie den Kampfwillen der Arbeiter, der auch auf religiösem Gebiet grundsätzliche Konsequenz verlangt.

Helmut Wagner.



Planck — Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft?

Als Anwärter auf den Posten des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der durch den Tod von Exzellenz von Harnack frei geworden ist, gilt neuerdings der Berliner Physiker und Nobelpreisträger Geheimrat Max Planck.



Wer liefert am meisten?

Die vorstehenden Darstellungen geben eine aufschlußreiche Uebersicht über den Anteil der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in der Belieferung des deutschen Marktes mit Agrarerzeugnissen. Die große Bedeutung des Bauern- und des Großbetriebes für die Ernährung des deutschen Volkes ist aus ihnen klar zu ersehen. Die Angaben sind der Schrift des deutschen Landwirtschaftsrats „Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes" entnommen.

Frische Eier und ihr Wert

Von Lecithin, Cholesterin und Vitaminen. — Eier wichtig für Alternde. — Gegen Rachitis. — Woran erkenne ich das frische Ei.

Von Phönix.

Immer mehr wird es erkannt, welch wichtige Quelle von Kraft und Gesundheit uns die Natur in den Eiern gegeben hat. Denn diese enthalten besonders Stoffe, die zum Aufbau unseres Körpers einfach unentbehrlich sind. Es sind dies: das Lecithin, das Cholesterin und die verschiedenen Vitamine. Sie sind hauptsächlich nur in frisch gelegten Eiern in voller Kraft vorhanden; und dies ist für uns wichtig zu wissen.

Das Lecithin ist hauptsächlich an den Dotter gebunden. Auch unser eigener Körper enthält es, und zwar besonders in Blut und Drüsen, Nervensubstanz und Gehirn. Daher werden Medikamente verordnet, welche Lecithin enthalten, um die Nervenkraft zu heben. Es vermittelt den Stoffwechsel der Zellen untereinader und die Nahrungsaufnahme von außen, und ist somit wesentlich tätig beim Aufbau der Organe und Gewebe. Und diese so ungeheuer lebenswichtige Substanz ist am allerreichlichsten im frischgelegten Ei enthalten. Besonders reichlich brauchen es heranwachsende Kinder; aber auch alte Leute, weil es dem Gewebsverfall entgegenwirkt und somit kräftig erhält.

Unzertrennlicher Begleiter des Lecithins ist das Cholesterin, dem immer eine gewisse Menge Ergosterin beigemengt ist, welche beiden Stoffe die mit Recht so gefürchtete Rhachitis der Kinder verhindern und heilen. Gibt man rhachitischen Kindern Eier zu essen, so führt man ihnen in angenehmer Form, die zugleich der Ernährung dient, dasjenige zu, was in dem so abscheulich schmeckenden Lebertran enthalten ist. Wieder ein Beweis für den großen Wert der frischen Eier!

Außerdem sind in den Eiern auch das wachstumfördernde Vitamin A enthalten und — mit größter Wahrscheinlichkeit kann es behauptet werden — auch alle die anderen hochwichtigen lebensfördernden Stoffe, die wir unter dem Namen Vitamine zusammenfassen. Durch das Vitamin A kann Schwächezuständen bei schwangeren Frauen und stillenden Müttern vorgebeugt werden; und außerdem zieht auch der Embryo, sowie der Säugling Gewinn daraus. Und wie vorteilhaft sind die Eier für unsere heranwachsenden Kinder. In ihnen werden ja das Eisen, der Kalk, das Phosphor und das Eiweiß, das sie zum Aufbau und zur Vollendung ihres Körpers brauchen, in einer höchst wirksamen und dabei leichtverdaulichen Form zugeführt.

Noch etwas muß bemerkt werden: Ernährung mit Eiweiß aus dem Ei bringt nie jene schädlichen Folgen mit sich, die wir beim Fleischeiweiß in Form von Gewicht auftreten sehen.

Vom dritten Tage an bis zum zehnten nehmen alle diese wertvollen Stoffe im Ei ab, so daß es nach dem zehnten Tage nicht mehr als frisches bezeichnet werden kann.

Ob ein Ei noch frisch ist, kann man so erkennen: Man legt es in gesalzenes Wasser (ein gehäufter Eßlöffel Salz auf einen halben Liter Wasser). Bleibt das Ei wagrecht am Boden liegen, so ist es frisch; je älter es ist, desto mehr steigt es empor und schwimmt mit einem Monat mit der Spitze nach unten. Auch ist das Klar eines frischen Eies ganz durchsichtbar — daher der Name! — später wird es trüb, und zwar je älter, desto trüber.

Für unsere Frauen

Die Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau

Bekanntlich sind Bestrebungen nach einer Vereinheitlichung oder zum mindesten internationalen Regelung der Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau im Gange. Wir geben im folgenden eine Rechtsvergleichung über die derzeit geltenden Bestimmungen, die wir der Schrift von Alice Wober: „Die Staatsangehörigkeit der Ehefrau nach dem französischen Gesetz vom 10. August 1927" (Buchdruckerei Gutenberg, Lachen (Schweiz), 1930, entnehmen.

In der bisherigen Gesetzgebung gilt es als das „klassische Prinzip", daß die Ehefrau dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen müsse wie der Ehemann.

In folgenden Staaten verliert eine Staatsbürgerin durch ihre Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsbürgerschaft: (teils bedingt, — wenn sie die Staatsbürgerschaft des Gatten durch die Heirat erwirbt —, teils unbedingt): Belgien (mit Rückerwerbsrecht durch Erklärung binnen 6 Monaten); Bulgarien (bedingt); China (bedingt); Dänemark (bedingt); Deutschland, England, Finnland, Griechenland (bedingt); Italien, Japan (bedingt); *Lettland, Litauen, in den Niederlanden, Norwegen (bedingt, je nachdem die Eheleute ihren Wohnsitz im Ausland oder in Norwegen aufschlagen); Oesterreich, Palästina (bed.) Polen, Persien, Portugal, in der Schweiz (bedingt):, Siam, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien (bedingt).

In folgenden Staaten erwirbt die Ausländerin durch die bloße Heirat — ipso iure — mit einem Inländer die Staatsbürgerschaft:

Belgien (mit Recht auf Wiedererlangung der ursprünglichen Staatsbürgerschaft durch bloße Erklärung binnen sechs Monaten); Bulgarien; China; Dänemark; Danzig; Deutschland; England; Estland; Finnland; Griechenland; Italien; Japan; Lettland; Litauen; in den Niederlanden; Norwegen; Oesterreich; Palästina; Persien (bei Wohnsitzbegründung); Portugal (bedingt, falls sie die eigene verliert); Polen; Rumänien; Siam; Schweiz; Spanien (bedingt); Tchechoslowakei; Ungarn.

Trotz Heirat mit einem Ausländer behalten die Frauen ihre Staatsbürgerschaft in folgenden Staaten:

Argentinien, Brasilien, Chile, Columbien, Frankreich, Paraguay, Sowjetunion Rußlands, Türkei, Uruguay.

In folgenden Staaten wird der Ausländerin, die einen Staatsbürger heiratet, das Recht eingeräumt, sich durch bloße Erklärung, — bei der Heirat oder in gesetzlicher Frist — für die eigene oder die Staatsbürgerschaft des Ehemannes zu entscheiden:

Belgien, Frankreich, Jugoslawien.

Einer Staatsbürgerin, die einen Ausländer heiratet, räumen folgende Staaten ein Entscheidungsrecht ein: Belgien, Estland, Frankreich, Rumänien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

* * *

Es gibt da allerdings verschiedene Bestimmungen, so daß die einen Gesetze vorsehen, daß die Staatsbürgerin ihre Staatsbürgerschaft behält, wenn sie nichts anderes erklärt, die andern, daß sie sie verliert, wenn sie nicht erklärt, sie behalten zu wollen, und all dies wieder anhängig von Bestimmungen in den Gesetzen des zur Wahl stehenden Staates. Doch würde die Aufzählung und Erläuterung den Raum einer Zeitungsnotiz überschreiten.

Sehr mannigfaltig ist auch die Gesetzgebung in bezug auf Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft durch Naturalisation, Ausbürgerung und Einbürgerung während der Ehe und nach ihrer Auflösung. Die einen erfassen die Ehegattin automatisch mit, wenn der Mann eine Staatsbürgerschaft erwirbt oder verliert, die andern geben ihr in diesen und nur in diesen Fällen das Entscheidungsrecht, den Wechsel mitzumachen oder nicht, die Dritten geben der Frau nur nach Auflösung der Ehe ein Wiedereinbürgerungs- oder ein selbständiges Naturalisationsrecht — und schließlich gibt es moderne Gesetze, die die Frau in diesen Fragen vom Ehemann unabhängig machen, wie z. B. in Sowjetrußland, das die gänzliche Einflußlosigkeit der Ehe auf die Staatsangehörigkeit proklamiert hat.



Die Ehrenlegion für eine Tänzerin

Die weltberühmte spanische Tänzerin La Argentina, der in Anerkennung ihrer künstlerischen Leistungen das Kreuz der französischen Ehrenlegion verliehen wurde.

Die Friedensmission der Frau

Frau und Friede gehören zusammen, denn nur im Bereich des Friedens können Frauentum und Frauenwirken sich entfalten; nur abseits von Mord und Zerstörung ist Raum für Mutter und Kind. So ist die Frau durch Urinstinkte, die durch die Mutterschaft bedingt sind, in einem ganz anderen Maße zur Hüterin des Friedens geboren als der Mann. Was bei ihm erst eine Frucht innerer Bildung und Reife auf höherer Kulturstufe möglich ist, das ist bei der Frau gewissermaßen als Naturanlage vorhanden. Die Sorge um ihre Kinder, die sie unter dem Herzen trug, für die sie sich verantwortlich fühlt, deren gewaltsame Tötung im Kriege sie als Sinnlosigkeit empfindet, läßt die Frau, wenn sie auf diese innere Stimme hört, die der Mutter angeboren ist, den Krieg verneinen und den Frieden bejahen. Und doch genügt diese rein gefühlsmäßige Einstellung, so wertvoll und unschätzbar sie an sich ist, nicht mehr für die moderne Frau, die dem Frieden dienen und den Krieg verhindern will. Die Sozialistin unserer Zeit, die im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei für die großen Ziele der Friedensbewegung und eines geeinten Europa mitwirken will, muß über ein ganz anderes geistiges Rüstzeug verfügen, wenn sie die Millionen der heut noch verhetzten, unwissenden, abseits stehenden Frauen überzeugen und für ihre Ideen begeistern will. Nicht nur auf Grund ihrer Mutterschaft allein, aus tiefster Sorge um das heranwachsende Geschlecht, ist die moderne Frau für den Frieden der Welt tätig. Ihr tief innerliches Gefühl wird vielmehr gestützt und getragen von logischen Erkenntnissen, von politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Praxis.

Jede Arbeiterin, die in einer Fabrik tätig ist, weiß heute um die Zusammenhänge von Produktion und Verbrauch, um ihre Rückwirkungen auf die soziale Lage aller Arbeitenden. Es nützt nichts, wenn in der Fabrik noch so fleißig und tüchtig gearbeitet wird und dabei nicht der genügende Absatz vorhanden ist. Die Arbeitszeit muß eingeschränkt werden, die Arbeitslosigkeit steigt, und mit ihr wachsen Armut und Elend der arbeitenden Klassen. Jede Arbeiterin, ob sie nun in der chemischen Industrie oder am fließenden Bande, in der Werkstatt oder im Büro tätig ist, weiß auch, daß jedes Einzelland Europas heute sich mit einer Fabrik vergleichen läßt, die arbeiten und verkaufen möchte, die alles daran setzen möchte, um die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu verringern, um ihre Finanzen zu ordnen, um Nachbarländer als Absatzgebiete für ihre Waren heranzuziehen. Jedes Land strebt nach dem ökonomischen Gleichgewichte der Länder Europas, nicht aus politischen, aus ethischen Erwägungen, sondern aus bitterster wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus. Und selbst Europa ist heute in seiner Gesamtheit nur noch ein verhältnismäßig kleiner Erdteil, der nicht getrennt von den Kontinenten Amerikas und Asiens, Afrikas und Australiens leben kann, denn es muß das größte Interesse daran haben, am Weltmarkt erfolgreich teilnehmen zu können. Wie aber hat sich die Lage Europas seit dem Kriege im Verhältnis zu Amerika gestaltet? Seit dem Jahre 1913 haben die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr um 785 Millionen Dollar vermehrt, oder, anders ausgedrückt, sie haben den europäischen Ländern für etwa 450 Millionen Dollar Bestellungen weggenommen. Während man in Europa damit beschäftigt war, sich gegenseitig während vier Jahren auf das mörderischste und erbarmungsloseste zu bekämpfen, entstanden überall in der Welt, in den entferntesten Zipfeln Asiens und Afrikas, neue Fabriken, neue Industrien, die die heimische Wirtschaft so billig und so gut zu versorgen imstande waren, daß der europäische Kaufmann hier verschlossene Türen fand, als er nach dem Weltkriege dort anklopfte. Jede denkende Frau kann auf Grund dieser nüchternen Tatsachen auf die Wirkung schließen, die ein zweiter europäischer Krieg nicht nur für Deutschland, sondern für alle Staaten Europas nach sich ziehen muß. Heute schon kämpfen wir verzweifelt mit Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Finanzschwierigkeiten — eine Wiederholung des Weltbrandes würde den vollkommenen Ruin bedeuten und die düstere Voraussage Oswald Spenglers vom „Untergang des Abendlandes" zur Wirklichkeit werden lassen.

Leider lebt in nur zu vielen Frauen von heute noch ein verlogener, vollkommen der Wirklichkeit widersprechender Begriff des „Männlichen", des „Heldenhaften". Sie wenden immer wieder ein, selbst wenn sie diese nicht zu leugnenden wirtschaftlichen Beweisgründe gegen den Krieg gelten lassen, daß der Friede die besten Kräfte des Menschen verkümmern lasse, daß er das Heldische zugunsten des Schwächlichen, Lebensuntüchtigen zum Sterben verurteile. Diese Frauen, die meist dem Leben vollkommen fremd geworden sind, und die ihre geistige Nahrung nur aus kitschigen, romantisch gefärbten Kriegsbüchern ziehen, kann man nur dadurch überzeugen, daß man ihnen einen Blick in die Wirklichkeit vermittelt:: Daß man ihnen die Helden der Arbeit zeigt, tief unten in den Kohlen- und Erzbergwerken, beim lebensgefährlichen Bau der Brücken und Hochhäuser, auf schwindelndem Gerüst, beim Bedienen der Kräne und der ratternden Maschinen. Auf dem Kampfplatz des Lebens, der die ganze Tüchtigkeit der Persönlichkeit erfordert, bedarf es einer ganz anders ausgeprägten heldenhaften Gesinnung als im modernen Gaskrieg, in dem nicht die Tüchtigkeit des einzelnen, sondern die Wirkung der möglichst zahlreichen und möglichst raffiniert ausgeklügelten technischen Hilfsmittel entscheidet!

Sind wirklich die Länder Europas in ihrer geistigen und seelischen Struktur so verschieden, daß „Kriege sein müssen?" Gibt es wirklich eine stark ausgeprägte „deutsche Seele", die von der französischen oder der englischen vollkommen verschieden ist? Gewiß — die Sitten und Gebräuche, der Volkscharakter, die nationalen Eigentümlichkeiten sind so verschieden von einander wie Bergland und Tiefebene, wie Klimata und Breitengrade. Aber liegt nicht ein tiefer Sinn in der Tatsache, daß beispielsweise ein so „kerndeutscher" Musiker wie etwa Robert Schumann, tief unter dem Eindruck französischer und englischer Gedankenwelt stand, daß unsre gesamte deutsche Romantik ohne die französische und englische Geisteswelt einfach nicht zu denken ist! Wer sich die Zeit nimmt, sich einmal aufmerksam in die Geistesgeschichte unsres Volkes zu versenken, der wird immer wieder überrascht sein von den Strömungen, die ganz Europa durchziehen, die weder an politischen noch an Zollgrenzen, an Gebirgszügen noch Ozeanen Halt machen.

So steht der modernen Frau, die aus innerster Ueberzeugung für den Frieden Europas wirken will, eine unübersehbare Fülle von Beweismaterial zur Verfügung, das ihre Erkenntnis nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch auf dem Wege verstandesmäßigen Denkens und Urteilens vertiefen und ergänzen kann. Jahrzehnte liegen zwischen uns und der Vorkriegszeit, in der der Ruf einer mutigen Frau, Bertas von Suttner, „Die Waffen nieder!" einen Sturm der widersprechendsten Empfindungen ausgelöst hatte. Heute vereinigen sich ungezählte Frauen in diesem Rufe und erfüllen damit das Wort, das der Führer der paneuropäischen Bewegung, Coudenhove-Calergi, den Frauen aller Erdteile und Länder zurief: „Die politische Mission der Frau ist der Friede. Dies ist das große Geschenk, das Europa von der Frau erwartet".

Rosen

Die Gärten sind von Reichtum übervoll:
Du weißt nicht, wo du pflücken sollst.
Pflücke die Rosen, die feuerroten —
Die sind die besten Liebesboten!

Die bleichen Rosen, wie Mondenschein:
Die sollen für den Friedhof sein.
Klein-Lenchen schläft nun schon drei Jahr —
Sie war so schön: ihr Seidenhaar!

Die gelben Rosen, wo sollen — die! — hin?
Die sind für unser Geburtstagskind.
Annemarie, wir gratulieren —
Willst du nicht ein Tänzchen vollführen?

Blaßrosa Rosen: für Großmama —
Die bald schon achtzig Lenze sah!
Großmütterchen sitzt im Zimmereck —
Und jagt mit der Hand die Fliegen weg.

Rose, fast wie schwarzer Samt:
Die soll zur Musik, an die Wand.
Sie soll zu Mozarts liebem Bild —
Er versteht und dankt und lächelt mild!

Und nun zum Schluß: ein Mischestrauß:
Alle Farben — für unser Hochzeitshaus!
Der Schatz hat seine Schätzin gerne:
Durch die Gardinen scheinen die Sterne!

Kleiner, feiner Rosenduft —
Heißer, wilder Hochzeitskuß.
Rauschendes Blut und flammendes Herz:
Rosen, Liebe, Freude und Scherz!

Max Dortu.

Mater dolorosa

Draußen an der Großstadtgrenze, wo das Krankenhaus und die Entbindungsanstalt liegen, ist sie eingestiegen. Jetzt sitzt sie im Straßenbahnwagen und denkt an das Vergangene, an heute, gestern, an die Nacht, die schon angstvoll durch die Straßen flutet, die ihre Seele, ihren Glauben verdunkelt. Hin und wieder weint sie, öffnet das braune Umschlagetuch, küßt ihr Kind, lächelt und schluchzt, wenn alle Gedanken brutal über ihr reines Herz fegen. Es ist kühl. Manchmal erschauert sie. Sie sieht blaßgrün, schmerzdurchwühlt und wie von Glas aus. Ihre Augen hängen weit irgendwo an einem festen Punkte, als stände dort jemand, mit dem sie spricht.

Draußen flirren die Lichterreihen der Pavillons der Anstalt vorbei. Wieviel Krankheit, Fieberglut, brütet dahinter, und wieviel Hoffnung!

Leute steigen ein. Gleichgültig. Gehetzt. Mit sich selbst beschäftigt. Dösen vor sich hin. Lesen. Rauchen. Keiner sieht das arme Weib, die Mutter, in diesem Mädchen. Einige brummen, knurren, wenn sie über den Pappkarton, der neben der jungen Mutter steht, stolpern, und blicken beleidigt, böswillig.

So geht es fort. Der Straßenbahnwagen saust. Näher kommt die Stadt. Leute steigen aus. Streifen mit kaltem, hartem Blick die Gefallene.

Ja, weshalb hat sie das getan? Warum? Hat sie doch selbst verschuldet; denkt jetzt die dicke Frau Oberpostsekretär mit den strengfrommen Augen und den Plusterbacken, die eben eingestiegen ist. Ob der entrüsteten, durchbohrenden, vornehmen Blicke sinkt das Mädchen ganz in sich zusammen. Weint still vor sich hin. Bei der nächsten Haltestelle geht ein „Ach" durch die Fahrtgesellschaft. Man hat es zwar nicht gehört, doch man fühlt es. Sie rücken enger zusammen. Ein aufdringliches Parfüm schwingt zwischen den Tabakwolken. Eine Dirne ist eingestiegen. Ein Mensch, der auch ein Verlangen nach dem Leben hat. Neben die junge Mutter setzt sie sich. Frech, kokett wiegt die Dirne ihren Kopf. Alles an ihr ist Herausforderung. Sie lächelt leise, hohnvoll. Mustert keck der Reihe nach die Schlachterfrau, die krampfhaft bemüht ist, etwas Würde vorzustellen, die Gnädige, die verblüfft ihre Lorgnette fallen läßt. Das junge Mädchen mit der guten Töchter-Pensionat-Erziehung und alle die wohlgenährten, tüchtigen Männer, die verlegen fortsehen und an ihren Zigarren kauen.

Plötzlich strampelt das kleine Wesen unter dem Umschlagetuch und kräht. Die Mutter flüstert scheue, liebe Worte und wiegt und schaukelt. Das Freudenmädchen sieht sich um, betrachtet das junge Weib. Und die Augen, die eben noch frech, dunkel, lustig, herausfordernd waren, werden weich und gut. Es ist ein Schimmer darin, der an einen Sonnenstrahl erinnert, an eine schöne Blume. Auch die Dirne hat eine Stimme in sich, die „Mutter" sagt. Ein Gefühl, das in ihr schreit und zerrt — nach Gutem. Schönem. Das ihr lieber gewesen wäre, als sich zu verkaufen.

Sie fängt an zu plaudern, zu fragen. Der bitter verächtliche Zug, der vorher unter dem abweisenden Lächeln saß, ist verschwunden. Rund, voll ist der Mund, der Ausdruck rein, froh, Die junge Mutter erzählt. Bruchstückweise, denn dazwischen weint sie. So lieb hatte sie ihn gehabt. Der Sommer war so lang, so schön gewesen. — Dann war er fortgegangen. Fort! Er war gut — ist gut. — Nicht er... Mich verlassen. Geredet... Von Haus... Die Eltern hinausgewiesen. — Jetzt — zehn Tage alt. — Das Kind. — Arbeiten. — Dann durchschüttelt sie ein Schluchzen. Sie weint unaufhörlich.

„Zeigen Sie das kleine Wurm doch mal her!" sagt die Dirne mit einer Stimme, die seltsam bebt und einen eigenen Klang

hat. Wie ein Echo noch in der Stimme tönt. Zweifelnd, furchtsam, gibt die Mutter der Dirne das Bündel. Die drückt es an sich, leise, behutsam, lacht und gibt schnell das Bündel der Mutter zurück. Oeffnet ihre Geldtasche und schiebt unter das Umschlagetuch einige Geldscheine. Bevor die Mutter sich von ihrer Ueberraschung erholen und danken konnte... Klingelzeichen. Das Freudenmädchen steigt aus.

Bahnhof. Auch die Mutter steigt aus. Die Großstadtstraße heult entsetzt auf. . Lichter peitschen auf sie zu. Menschen drängen, stürzen... Wer weiß? — Auch die Dirne hat vielleicht so begonnen! Und...

Aber wer hilft?... Der Weg, der breite Weg! Wo ist der?

Karl Brinkmann.

Du bist nicht besser als dein Kind, nur älter!

Du siehst die vielen Fehler deines Kindes, und sie ärgern dich. Du siehst nicht, daß du selbst die gleichen Fehler hast und noch einige dazu. Du siehst sie nicht, weil wir Menschen meistens unsere eigenen Schwächen so wenig sehen können wie unsere eigene Nase; du siehst deine Fehler aber auch deshalb nicht, weil du deine Fehler besser zu verbergen weißt. Bei deinem Kinde aber siehst du sie sofort, denn die Kinder geben sich unmittelbar und offen, sie können noch nicht so heucheln wie wir Großen. Da erwacht in dir der heiße Wunsch, dein Kind zu deiner eigenen eingebildeten Vollkommenheit emporzuziehen, indem du ihm seine Fehler mit Strenge auszutreiben suchst. Damit tust du aber der kindlichen Natur Unrecht. Du läßt sie nicht zur ruhigen eigenen Entwicklung kommen, du fahndest eilig auf jeden Fehler des Kindes, ohne zu bedenken, daß der scheinbare Fehler in Wirklichkeit oft nur der Ansatz zu einer wichtigen und wertvollen Charaktereigenschaft des werdenden Menschen ist. So raubst du deinem Kinde ein Stück Lebensfreude, du siehst in der Jugendzeit nicht den schönsten Lebensabschnitt des Menschen, der sein volles Recht auf seine eigene Art hat. Statt dessen bekämpfst du die eigentliche Kindlichkeit und siehst in den Jugendjahren nur einen beklagenswerten Lebensabschnitt der Unvollkommenheit und der Mangelhaftigkeit, der schnell überwunden werden muß, damit das Kind auf die Höhe des Erwachsenen gelange. Aber in Wirklichkeit stehen wir Erwachsenen nicht höher als die Kinder, wir sind nicht besser als sie, sondern nur älter. Und dieser bescheidene Vorzug ist einmal unser eigenes Verdienst! Im Vertrauen gesagt: ich gäbe diesen ganzen Vorzug gern her, wenn ich dafür noch einmal die Jugendzeit mit allen ihren Fehlern eintauschen könnte.

Heinrich Schulz.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7

Freitag. 12,05: Schallplattenkonzert. 13,00: Wetterdienst. 16,00: Bekanntmachungen. 16,20: Schallplattenkonzert. 17,35: Uebertragung von Krakau. 18,00: Uebertragung von Warschau. 19,00: Literarische Viertelstunde. 19,15: Verschiedenes, Programmdurchsage. 19,30: Kpt. R. Sumowski: Vortrag. 20,00: Stundenschlag vom Observatorium. 20,05: Sportbericht. 20,15: Uebertragung von Warschau. 22,00: Feuilleton. 22,15: Wetterdienst, Programmdurchsage. 23,00: Internationaler Briefkasten.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag. 12,10: Schallplattenkonzert. 13,00: Wetterdienst. 13,10: Schallplattenkonzert. 15,15: Wirtschaftsbericht. 16,15: Schallplattenkonzert. 17,35: Vortrag. 18,00: Konzert. 19,00: Verschiedenes. 19,20: Schallplattenkonzert. 19,45: Landwirtschaftsbörse. 20,00: Pressedienst. 20,15: Symphoniekonzert. 22,00: Ing. T. Zamoyski und eine unbekannte Dame: Dialog über das Mysterium eines Zaubers". 22,15: Wetter-, Polizei- und Sportdienst.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Freitag, den 18. Juli: 11.15: Zeitangabe, Wetter-, Wasserstand- und Pressedienst. 11,35: Schallplattenkonzert und Reklamedienst. 12,35: Wetterdienst. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,35: Zeitangabe, Wetter-, Börsen- und Pressedienst. 13,50: Schallplattenkonzert. 15,20: Landwirtschaftlicher Preisbericht, Börsen- und Pressedienst. 16,00: Stunde der Frau. 16,30: Uebertragung von Leipzig. 17,40: Landwirtschaftlicher Preisbericht. 18,05: Große Ferien! Vorschläge für Daheimbleibende 18,20: Jüdisches Theater der Gegenwart. 18,45: Englisch für Anfänger. 19,10: Wetterdienst. Anschl.: Abendmusik des Funktrios. 20,10: Dr. Bernhard Kempner: „Wandlungen der Wirtschaft?" 20,30: „Flaubert vor dem Staatsanwalt". 21,45: Sascha Alexandra. 22,20: Zeitangabe, Wetter-, Presse- und Sportdienst, Programmänderungen. 22,45: Reichskurzschrift.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Sonntag, den 20. Juli, Ausflug an die Klodnitz. Abmarsch 6 Uhr früh vom Volkshaus. Freunde unserer Bewegung werden hierbei gern gesehen.

Versammlungskalender

An die Mitglieder des D. M. V. Königshütte.

Die Kurzarbeiterunterstützung des D. M. V. Königshütte wird am Donnerstag den ganzen Tag während den Bürostunden zur Auszahlung gelangen. Die Kollegen werden gebeten, der schnellen Erledigung wegen, ihre Bücher nebst Lohnzettel rechtzeitig im Büro des D. M. V. abzugeben.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz für die Zeit vom 15. bis 20. Juli 1930.

Donnerstag: Diskussionsabend.
Sonntag: Fahrt, Treffpunkt Blücherplatz, früh 5½ Uhr.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Donnerstag, den 17. Juli: Probe.
Freitag, den 18. Juli: Diskussionsabend.
Sonnabend, den 19. Juli: Falkenabend.
Sonntag, den 20. Juli: Ausflug an die Klodnitz.

Arbeitersänger!

Die Gesangsstunden der Freien Sänger sind ausnahmsweise in Laurahütte erst am Donnerstag und in Bismarckhütte erst am Freitag. Erscheinen sämtlicher Sangesgenossen ist Ehrenpflicht.

Gründungsversammlung des Arbeiterschachbundes.

Am Sonnabend, den 19. Juli, abends um 8 Uhr, findet im Zentralhotel (1. Stock) in Kattowitz, die erste Versammlung des zu gründenden Schachbundes statt. Alle proletarischen Schachvereine, welche ein gewisses Interesse für die Gründung besitzen, werden ersucht. zu dieser Versammlung je zwei Delegierte zu entsenden; wiederum die Ortschaften, welche keine Schachvereine besitzen, jedoch Schachinteressenten unsererseits aufweisen können je einen Delegierten. Schachfreunde, die am 19. früher als zur festgesetzten Zeit zur Versammlung erscheinen, werden ersucht, sich zwecks näherer Auskunft an den Ober Günter Rudolf zu wenden.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (Ortsausschuß.) Am Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 6 Uhr, findet die fällige Sitzung des Ortsausschusses Bismarckhütte-Schwientochlowitz im D. M. V.-Büro, ul. Krakowska 21, statt.

Bismarckhütte. (Esperanto.) Am Freitag, den 18. Juli, abends 7½ Uhr, findet im bekannten Lokal eine Zusammenkunft des „Rondo Esperanto" statt.

Welnowiec. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Zentralhotels statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Gäste willkommen! Referent Genosse Peschka.

Königshütte. (Holzarbeiter.) Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Königshütte. (Freidenker.) Am Sonntag, den 20. Juli, vormittags 9½ Uhr, hält der Freidenkerverein im Dom Ludowy, ul. 3-go Maja 6, seine Mitgliederversammlung ab. Gäste willkommen!

Königshütte. (Freie Radfahrer!) Der Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität" unternimmt am Sonntag, den 20. Juli d. Js., einen Ausflug mit dem Rollwagen nach Bisia. Die Teilnehmerkarten sind noch bis 18. Juli beim Genossen Ciupka, ul. 3-go Maja 5, zu haben. Alle Uebrigen fahren mit dem Fahrrad. Sammelpunkt: früh 5¾ Uhr, am Volkshaus. Abfahrt pünktlich 6 Uhr früh. Interessenten mit Rädern können sich mitanschließen. Frischauf!

Eichenau. (D. S. A. P. u. Arbeiterwohlfahrt.) Am Sonntag, den 20. Juli, vormittags 9½ Uhr, findet im Lokal Achtelik eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Sämtlichen Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes und die Abonnenten des „Volkswille" sind zu dieser Versammlung eingeladen. Referent: Genosse Gorny.

Myslowitz. Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, ruft der Vorstand der D. S. A. P. eine Vorstandssitzung ein und ladet die Vorstände der D. S. J. P. und des Gesangvereins ein. Anschließend findet um 4½ Uhr eine Monatsversammlung der „Freien Sänger" statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Myslowitz. (Freie Sänger.) Die Gesangprobe findet am Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 Uhr, in unserem Vereinszimmer statt.

Myslowitz. (D. S. J. P.) Bei der nächsten Feierschicht findet eine Versammlung der D. S. J. P. im Vereinslokal beim Herrn Tomczak um 7 Uhr abends statt.

Nikolai. (Ortsausschuß.) Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Janota (am Ringe) die Ortsausschußsitzung der Freien Gewerkschaften statt. Es ist Pflicht aller Delegierten restlos zu erscheinen. Einladungen ergehen nicht.

Nikolai. (D. S. A. P., Arbeiterwohlfahrt, freie Gewerkschaften und Kulturvereine.) Zwecks einem Besuch der Bielitzer Genossen, ist am 3. August ein Ausflug nach Bielitz beabsichtigt. Der Ortsverband ersucht alle diejenigen Mitglieder, welche daran teilnehmen wollen, sich unverzüglich in den nächsten Tagen bei dem Vorsitzenden der D. S. A. P. anzumelden, damit die nötigen Vorbereitungen rechtzeitig erledigt werden können.

Ober-Lazisk. (D. S. A. P.) Am Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Mucha Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen, Genossinnen und Gewerkschaftler erwünscht. Referent: Genosse Kowoll.

Mittel-Lazisk. (D. S. A. P.) Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal Osadly die fällige Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen notwendig. Referent: Genosse Kowoll.



„Helfen Sie, mein Herr, einem unschuldigen Menschen das Leben zu retten!"
„Ich finde, daß Sie gar nicht so unschuldig aussehen."
„Ich nicht — aber Sie!"

(London Opinion.)

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.